



INHALTSVERZEICHNIS PRESSEMAPPE

Bildung und Schule – Elternstudie 2019 Einstellungen von Eltern in Deutschland zur Schulpolitik

18. September 2019

1 Vorwort

2 Presseinformation

- 2.1 Eltern wünschen sich freie Schulwahl und alternative Bildungskonzepte
- 2.2 Ergebnisübersicht: Eltern fordern Schulvielfalt und freie Schulwahl ohne Zusatzkosten
- 2.3 Bildung und Schule - Einstellungen von Eltern in Deutschland zur Schulpolitik
Fachbuch zur Elternstudie 2019 erschienen

3 Studie und Ergebnisse

- 3.1 Methodische Anlage der Studie
- 3.2 Grafiksatz Studienergebnisse

4 Analyse

- 4.1 Eltern für fairen Schulwettbewerb
(*Prof Dr. Heiner Barz, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement*)
- 4.2 Mehr Geld. Mehr Vielfalt. Mehr Kreativität – So wünschen sich Eltern die Bildung ihrer Kinder
(*Klaus-Peter Schöppner, Mentefactum GmbH*)
- 4.3 Warum „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“?
(*Nele Auschra, Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen e.V.*)
- 4.4 7 Kernforderungen an die Bildungspolitik
(*Henning Kullak-Ublick, Vorstandssprecher Bund der Freien Waldorfschulen e.V.*)

5 Kommentare

- 5.1 Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV)
- 5.2 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.
- 5.3 Bundeselternrat (BER)
- 5.4 Bundeselternnetzwerk Bildung und Teilhabe (bbt)



6 Lebensläufe

- 6.1 Prof Dr. Heiner Barz, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement
- 6.2 Klaus-Peter Schöppner, Mentefactum GmbH
- 6.3 Nele Auschra, Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen e.V.
- 6.4 Henning Kullak-Ublick, Vorstandssprecher Bund der Freien Waldorfschulen e.V.

7 Informationen

- 7.1 Über den Bund der Freien Waldorfschulen e.V.
- 7.2 Über Waldorf 100

8 Bildmaterial

- 8.1 Illustrierte Kernergebnisse
- 8.2 Einzelgrafiken Studienergebnisse (nur auf USB-Stick)
- 8.3 Illustrierte Kernforderungen an die Bildungspolitik (nur auf USB-Stick)
- 8.4 Porträts Referenten Pressekonferenz (nur auf USB-Stick)
- 8.5 Logos (nur auf USB-Stick)



Vorwort



In diesem Jahr feiern die Waldorfschulen das hundertste Jubiläum einer pädagogischen Idee, die sich inzwischen über die ganze Welt verbreitet hat. Wir möchten das Jubiläumsjahr vor allem auch dafür nutzen, nach vorne zu schauen. Denn unsere Zeit fordert dringend pädagogische Antworten auf eine Fülle neuer Herausforderungen, die nicht weniger dringend auf die Zusammenarbeit von Pädagoginnen und Eltern angewiesen sind. Der Vorstand des Bundes der Freien Waldorfschulen (BdFWS) hat deshalb eine Elternstudie ins Leben gerufen, mit der er den Bedürfnissen, Fragen, Wünschen und Urteilen der Eltern eine repräsentative Basis geben möchte.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass viele Erwartungen der Eltern an die Schule und Schulbildung ihrer Kinder im gegenwärtigen System nicht erfüllt werden. Zum Beispiel spricht sich die überwältigende Mehrheit der Eltern gegen das immer noch vorherrschende Leistungsprinzip an deutschen Schulen aus und wünscht sich vielmehr einen kreativen und individuell auf die Kinder und ihre Fähigkeiten eingehenden Unterricht. Dies entspricht unserem Leitgedanken „Jedes Kind ein Könner“. Im Mittelpunkt aller pädagogischen Bemühungen sollte immer das einzelne Kind stehen, mit allen seinen individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Wir werden weiter mit Nachdruck für ein gerechtes Schulsystem eintreten, das die Kinder in den Mittelpunkt stellt und das Kindern aus allen Einkommensverhältnissen den Zugang zur Schule ihrer oder der Wahl ihrer Eltern ermöglicht. Voraussetzung dafür ist, dass der Staat keinen Unterschied in der Finanzierung der staatlichen und freien Schulen macht. Unsere Studie zeigt, dass Eltern genau dies erwarten. Denn echte Chancengleichheit kann nur durch Vielfalt im Schulwesen, unabhängig von den Schulträgern und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern erreicht werden.

Henning Kullak-Ublick
Vorstandssprecher Bund der Freien Waldorfschulen



PRESSEINFORMATION

Eltern wünschen sich freie Schulwahl und alternative Bildungskonzepte

Repräsentative Umfrage des BdFWS – Forderungen an die Politik

Stuttgart/Hamburg/Berlin. 18. 09. 2019. Eltern sollen unabhängig von ihrer Finanzkraft die Schule für ihr Kind frei wählen können. Außerdem soll das Recht eines jeden Kindes auf selektionsfreie Bildung im Grundgesetz verankert werden. Diese Forderungen erhob der Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) jetzt aus Anlass des 100-jährigen Waldorf-Jubiläums auf einer Pressekonferenz in Berlin. Die Forderungen wurden mit den Ergebnissen einer bundesweiten Elternstudie untermauert.

Die repräsentative Elternumfrage hatte der BdFWS aus Anlass des Jubiläums der Waldorfschule 2019 in Auftrag gegeben. Bundesweit wurden 2.064 Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter bis zu 18 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Mentefactum in Kooperation mit Aris Umfrageforschung befragt.

Nach der Studie sind 84 Prozent der Eltern der Auffassung, dass Eltern und Kinder das Recht haben sollten, sich ohne Zusatzkosten in Form von Schulgeldern für die Schule ihrer Wahl entscheiden zu können, 71 Prozent meinen, dass bei der Finanzierung von freien und staatlichen Schulen keine Unterschiede gemacht werden sollten. Mehr als die Hälfte aller Eltern würden ihre Kinder auf eine freie Schule schicken, wenn es eine echte Chancengleichheit bei der Schulwahl unabhängig von der Finanzkraft der Eltern gäbe.

Eindeutig fällt auch das Elternvotum bei der Frage nach dem vorrangigen Vermittlungsauftrag von Schule aus: 83 Prozent der Eltern erwarten eine vielfältige humanistische Bildung, die vor allem auf das Leben vorbereitet. Nur jeder Sechste (16 %) sieht die vorrangige Schulaufgabe in der direkten Vorbereitung auf den Beruf. Die überwiegende Mehrheit der Eltern (93 %) ist der Auffassung, Kinder müssten im Schulunterricht auch praktische, künstlerische und musische Kenntnisse und Erfahrungen erwerben. Eine ebenso hohe Prozentzahl der Eltern sind der Meinung, dass Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein sollte, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern müsse.

„Der große Vertrauensvorschuss, den Schulen in freier Trägerschaft offensichtlich bei deutschen Eltern genießen ist gleichzeitig ein eindeutiges Misstrauensvotum gegenüber dem staatlichen Schulangebot und ein deutliches Plädoyer für die Ermöglichung von Schulvielfalt“, sagte der Bildungsforscher Prof. Dr. Heiner Barz von der Universität Düsseldorf bei der Präsentation der Studienergebnisse in Berlin.



Damit Schulvielfalt verbunden mit echter Wahlfreiheit für die Eltern und Chancengleichheit für die Kinder entstehen kann, bedarf es nach den Worten von BdFWS-Vorstandsmitglied Henning Kullak-Ublick grundlegender Veränderungen im deutschen Schulsystem. Vor allem müsse die unterschiedliche Finanzierung von staatlichen und nicht-staatlichen Schulen beendet werden. „Die jetzige Schulgesetzgebung fördert ein Zweiklassensystem, indem sie den freien Schulen eine gleichberechtigte Finanzierung vorenthält, zur Erhebung von Schulgeld zwingt und dadurch bewusst Hürden für einen ungehinderten Zugang schafft“, sagt Kullak-Ublick. Echte Chancengleichheit sei aber nur durch Vielfalt im Schulwesen möglich, unabhängig von den Schulträgern und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Die Vertreter der Waldorfschulen kündigten auf ihrer Pressekonferenz in Berlin an, dass sie die Ergebnisse der Elternstudie 2019 zum Anlass nehmen wollen, eine breite Diskussion um die aktuellen Herausforderungen des Schulsystems anzuregen.

Der BdFWS hat dazu „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ vorgelegt. Neben den Forderungen nach Bildung ohne Selektion und der Wahlfreiheit wird u.a. auch die Bedeutung der Inklusion hervorgehoben, die nicht als Sparmodell für die Schulen missbraucht werden dürfe.

Außerdem werden Voraussetzungen für eine Erziehung zur Medienmündigkeit benannt. In der Elternstudie wurde das Thema Digitalisierung ebenfalls angesprochen. Neben den Finanzmitteln für die Digitalisierung fordert die Mehrheit der Eltern auch Gelder für Mittel zur Förderung der Kreativität. Außerdem sprachen sich die Eltern in der Umfrage überwiegend (85%) für ein allgemeines Handyverbot für unter 16-jährige Schüler aus. Auch bei diesem Thema möchte der BdFWS eine Debatte im Bildungswesen anstoßen.



ERGEBNISÜBERSICHT

Eltern fordern Schulvielfalt und freie Schulwahl ohne Zusatzkosten Elternstudie 2019 offenbart Misstrauen gegenüber staatlichen Schulangeboten

Berlin, 18. September 2019. Gäbe es echte Wahlfreiheit zwischen staatlichen, konfessionellen und freien Schulen, würde mehr als die Hälfte der Eltern ihr Kind auf eine freie Schule schicken. Zudem sprechen sie sich klar gegen das notengebundene Leistungsprinzip und für ein allgemeines Handyverbot an deutschen Schulen aus. Das ergab die Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“. Für die repräsentative Untersuchung wurden im Januar und Februar 2019 im Auftrag des Bundes der Freien Waldorfschulen bundesweit 2.064 Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter bis zu 18 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Mentefactum in Kooperation mit Aris Umfrageforschung befragt.

Angenommen Schulkosten und Schulentfernung wären gleich, würden 47 Prozent der Eltern eine freie Schule für ihr Kind wählen. 41 Prozent würden sich für eine staatliche, 6 Prozent für eine konfessionelle Schule entscheiden. Auch bei Eltern, deren Kind aktuell eine staatliche Schule besucht, zeigt sich dieser Trend: bei 48 Prozent käme ihr Kind dann auf eine freie Schule, bei 1 Prozent auf eine konfessionelle. 45 Prozent würden ihr Kind auf der staatlichen Schule belassen. „Der große Vertrauenvorschuss, den Schulen in freier Trägerschaft offensichtlich bei deutschen Eltern genießen ist gleichzeitig ein eindeutiges Misstrauensvotum gegenüber dem staatlichen Schulangebot und ein deutliches Plädoyer für die Ermöglichung von Schulvielfalt“, sagte der Bildungsforscher Prof. Dr. Heiner Barz von der Universität Düsseldorf bei der Präsentation der Studienergebnisse in Berlin.

Klare Stellung beziehen Eltern auch bei der Frage nach der Schulfinanzierung: Während 9 von 10 Eltern (89 %) der Meinung sind, dass der Staat insgesamt zu wenig Geld für Bildung ausgibt, fordern 84 Prozent, dass Eltern und Kinder das Recht haben sollten, sich ohne Zusatzkosten für die Schule ihrer Wahl entscheiden zu können. Lediglich 13 Prozent lehnen dies ab. Entsprechend ist eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent der Eltern der Meinung, dass der Staat hinsichtlich der Finanzierung staatlicher und freier Schulen keinen Unterschied machen sollte. Nur ein knappes Viertel (24 %) hält die unterschiedliche Finanzierung der Schulangebote für richtig. „Man kann dies als deutliches Votum für eine faire Gleichstellung der freien und der staatlichen Schulen hinsichtlich ihrer Finanzierung aus Steuermitteln verstehen – mindestens aber als verbindlichen Auftrag an die Kultus- und Finanzminister der Länder, die Deckungslücke zwischen staatlichen Finanzhilfen und realen Schulkosten nicht weiter zu vergrößern“, sagte Barz.



Qualitätskriterien einer guten Schule

Auch bei den Kriterien, die aus ihrer Sicht eine gute Schule ausmachen, sind sich die Eltern einig: Neun von zehn vorgegebenen Eigenschaften halten sie mit Zustimmungswerten von deutlich über 80 Prozent wichtig für die Qualitätsbewertung einer Schule. Ganz oben stehen „gute und engagierte Lehrkräfte“ (99 %), „lebenspraktischer Unterricht“ (98 %), „verlässliche Lehrkräfte, die gerade den jüngeren Schülern Orientierung, Schutz und Sicherheit bieten“ (97 %) gefolgt von „umfassender und nachhaltiger Bildung“ (95 %), „flexiblem Eingehen auf die Bedürfnisse der Schüler“ (93 %), guten Voraussetzungen „für die Entfaltung der Persönlichkeit“ (93 %), „individuellem Unterricht“ (91 %), „Unterricht, der die Schüler aus Interesse und nicht aus Prüfungsangst lernen lässt“ (88 %) sowie dem „Einsatz für Inklusion“ (83 %). Lediglich eine Zielvorgabe findet sich weit abgeschlagen am unteren Ende: „Geht genau nach Lehrplan vor“ wird von nur 21 Prozent der Eltern als wichtiges Qualitätsmerkmal einer guten Schule angesehen.

Deutliche Unterschiede zwischen staatlichen und freien Schulen

In der Umsetzung dieser Merkmale sehen die Eltern deutliche Unterschiede zwischen staatlichen und freien Schulen. Gerade das aus ihrer Sicht unwichtigste Merkmal einer guten Schule („geht genau nach Lehrplan vor“), kennzeichnet staatliche Schulen am stärksten: 72 Prozent sehen das so. Als Charakteristikum von Schulen in freier Trägerschaft ist dieses Merkmal aus Elternsicht dagegen fast irrelevant – lediglich 6 Prozent stimmen dieser Aussage zu. Auch bei einigen der ihnen besonders wichtigen Qualitätsmerkmale unterscheidet sich die Elternsicht auf staatliche und freie Schulen erheblich: „Unterricht, bei dem die Schüler in erster Line aus Interesse und nicht aus Prüfungsangst lernen“ sehen die Eltern vor allem an Schulen in freier Trägerschaft verwirklicht (71 % Zustimmung) – mit dem Alltag an staatlichen Schulen verbinden dies nur 21 Prozent. Ähnlich große Unterschiede gibt es beim „flexiblen Eingehen auf die Bedürfnisse der Schüler“ (65 % Zustimmung an freien Schulen gegenüber 17 % an staatlichen), der Umsetzung von „individuellem Unterricht“ (57 % gegenüber 17 %) und den Voraussetzungen „für die Entfaltung der Persönlichkeit“ der Schüler (54 % gegenüber 22 %). Barz: „Die Studienergebnisse zeigen, dass Eltern gerade bei den für die Bildungsgerechtigkeit wichtigen Aspekten, die mit der individuellen Förderung der Schüler und dem flexiblen Umgang mit ihre Voraussetzungen und Bedürfnissen zu tun haben, dringenden Korrekturbedarf an staatlichen Schulen sehen.“

Uneinig sind sich die Eltern darüber, ob ein verstärkter Wettbewerb um gute pädagogische Konzepte und Ideen die Qualität der Schulen insgesamt verbessern würde. 42 Prozent der Eltern sprechen sich für einen verstärkten Wettbewerb aus, 54 Prozent halten diesen nicht für notwendig. Trotz dieser Vorbehalte erwartet eine relative Elternmehrheit von 40 Prozent, dass ein verstärkter Schulwettbewerb die Qualität der einzelnen Schulen verbessern würde. 36 Prozent erwartet keine Veränderungen, 21 Prozent sogar eine Verschlechterung der Schulqualität. „Vor dem Hintergrund, dass – jenseits des Bildungsföderalismus – die Idee des Wettbewerbs im



deutschen Bildungsdiskurs bisher kaum Fuß gefasst hat, halte ich dieses Ergebnis für beachtenswert“, betont Barz.

Staat oder Zivilgesellschaft?

Auch bei der Präferenz, in wessen Primärverantwortung Entscheidungen rund um die Schule – also Lehrinhalte, Schulformen etc. – liegen sollten, ist die Meinung der Eltern nicht eindeutig: 62 Prozent der Eltern plädieren für die Entscheidungshoheit von Staat und Politik, mehr als jeder Dritte (36 %) sieht diese Verantwortung jedoch eher bei der Gesellschaft, also den Eltern und den Lehrern. „Die schulische Selbstbestimmung und eine Eltern-Lehrer-Trägerschaft ist als Wunschvorstellung offenbar weiter verbreitet, als bislang angenommen“, sagte Meinungsforscher und Mentefactum-Geschäftsführer Klaus-Peter Schöppner. „Der Wunsch nach stärkerer gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme und Schulautonomie ist ein wichtiger Grund für die Wahl einer Schule in freier Trägerschaft“, so Schöppner weiter. Das zeigte sich daran, dass 44 Prozent der Eltern, deren Kind eine Schule in freier Trägerschaft besucht, dies befürworteten. Bei Eltern von Kindern auf staatlichen Schulen sind es dagegen nur 35 Prozent.

Differenzieren statt selektieren

Folgen Eltern bei der Frage nach der schulischen Hauptverantwortung noch mehrheitlich dem Status Quo, gilt dies bei der Frage nach der optimalen Unterrichtsform zur Vorbereitung der eigenen Kinder auf das Leben nicht mehr. Um ihnen gute Voraussetzungen zur späteren Lebensbewältigung zu geben, wünschen sich fast drei Viertel (72 %) einen kreativen, auf die Bedürfnisse der Kinder individuell eingesetzten Unterricht, nur 26 Prozent die weit verbreitete Form eines Unterrichts mit Leistungsnachweisen, Tests und Prüfungen. Entsprechend ist die überwältigende Mehrheit (93 %) der Eltern der Meinung, dass Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein sollte, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern müsse. „Das Prüfungswissen wird heute überbewertet, es sollte zurückgefahrt werden, zugunsten einer stärkeren Orientierung an dem, was Schüler wirklich auf das Leben vorbereitet“, sagt Barz.

76 Prozent der Eltern wünschen sich, dass die Schulbildung freier nach den Bedürfnissen der Schüler und weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden gestaltet wird. Der Lehrplan solle dabei nur den Rahmen für den Unterricht setzen, geben 86 Prozent der befragten Eltern an. Die Detailgestaltung solle dann der Lehrer vor Ort übernehmen und sich dabei an den Fähigkeiten seiner Schüler orientieren.



Vermittlungsauftrag der Schulen

Ebenso deutlich fällt das Elternvotum bei der Frage nach dem vorrangigen Vermittlungsauftrag von Schule aus: 83 Prozent der Eltern erwarten eine vielfältige humanistische Bildung, die vor allem auf das Leben vorbereitet. Nur jeder Sechste (16 %) sieht die vorrangige Schulaufgabe in der direkten Vorbereitung auf den Beruf. Neun von Zehn Eltern (93 %) sagen, der Schulunterricht müsse aus ihrer Sicht dafür sorgen, dass die Kinder auch praktische, künstlerische und musische Kenntnisse und Erfahrungen erwerben. 9 von 10 Eltern (91 %) meinen sogar, dass jedes Kind das Recht auf eine umfassende Bildung habe, die kulturelle und musiche Bildung einschließt. Um dies umzusetzen, muss aus der Sicht vieler Eltern auch die Ausbildung der Lehrer reformiert werden. 81 Prozent wünschen sich, dass die Lehrer neben ihrer fachlichen Ausbildung auch kreative und praktische Kompetenzen erlernen.

Die deutliche Mehrheit der Eltern (84 %) glaubt sogar, dass die größere Wertschätzung praktischer Fähigkeiten dazu führt, handwerkliche Berufe für die Schüler attraktiver zu machen. „Durch die Wahl einer Schule, die etwa dem Kunst- oder Werkunterricht größere Bedeutung beimisst, könnte dem extremen Fachkräftemangel im Handwerk mittelfristig entgegengewirkt werden“, so Schöppner.

Henning Kullak-Ublick, Vorstandssprecher im Bund der Freien Waldorfschulen und Auftraggeber der Studie, hofft, dass die Studienergebnisse zu einem Umdenken in der Bildungspolitik beitragen, hin zu größerer Autonomie und künstlerischer Durchdringung des gesamten Bildungswesens. „Die Studienergebnisse zeigen sehr deutlich, dass Eltern großen Wert auf musiche und kulturelle Angebote legen und gerade nicht nur auf reines Prüfungswissen und immer weitere, staatlich vorgegebene Standardisierungen des Unterrichts. Es geht Eltern sehr wesentlich um individuelle Förderung und die Entwicklung ihrer Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten“, so Kullak-Ublick bei der Vorstellung der Studie in Berlin.

Digitalisierung: lieber erst ab Klasse 5

Fünf Milliarden Euro sollen über den DigitalPakt Schule in die Digitalisierung der deutschen Schulen fließen. Einigkeit herrscht darüber, dass eine gute technische Ausstattung die Schulbildung nicht verbessert. Um die Technik sinnvoll in den Unterricht zu integrieren, müssen auch die pädagogischen Konzepte angepasst werden. Doch ab welchem Alter gehören Tablets und Computer aus Elternsicht überhaupt in den Unterricht? Nur 16 Prozent sind der Meinung, dass Grundschulkinder in den Klassen 1 bis 4 digitale Geräte nutzen sollten. Die deutliche Mehrheit (54 %) der Eltern halten ihre Verwendung frühestens im Verlauf der Klassen 5 bis 7, also in den weiterführenden Schulen, für sinnvoll. 21 Prozent votieren für die 8. Klasse als frühesten Zeitpunkt für die Nutzung von Tablets und Computern im Schulunterricht, immerhin 7 Prozent würden sie komplett aus der Schule heraushalten.



Aus Sicht des Bildungsforschers Barz bremse dieses Ergebnis die Digitalisierungseuphorie deutlich, da der Computer für Eltern alles andere als ein Allheilmittel für empfundene Defizite des Bildungssystems zu sein scheint: „Wenn 8 von 10 Eltern für eine computerfreie Grundschulzeit plädieren, muss man festhalten, dass die Forderung mancher IT-Lobbyisten und Digital-Evangelisten nach möglichst frühzeitigem und flächendeckendem Einsatz digitaler Geräte in den Schulen nicht mit den Erwartungen der großen Mehrheit der Eltern übereinstimmt.“ Unerlässlich ist es für die überwältigende Mehrheit der Eltern dagegen, dass die deutschen Schulen neben den Finanzmitteln für die Digitalisierung zusätzlich Gelder für die Kreativitätsförderung der Schüler erhalten. 9 von 10 Eltern (88 %) unterstützen diese Forderung.

Eltern für Handyverbot an deutschen Schulen

Seit das französische Parlament im Juli 2018 ein Handyverbot an Frankreichs Schulen beschlossen hat, wird auch in Deutschland über dieses Thema kontrovers diskutiert. Bisher gilt nur an bayerischen Schulen ein gesetzliches Verbot für Mobiltelefone – allerdings mit vielen Ausnahmen. Die Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“ hat nun erstmals repräsentativ ermittelt, wie deutsche Schuleltern zu diesem Thema stehen. Das Ergebnis ist eindeutig: Mit 85 Prozent der Befragten spricht sich die klare Mehrheit der Eltern für ein allgemeines Handyverbot für unter 16-Jährige an deutschen Schulen aus, 13 Prozent sind dagegen. Allerdings: Klare Unterschiede zeigen sich, wenn man das Alter der befragten Eltern betrachtet. Bei den unter 29-jährigen Eltern sind 62 Prozent für ein Verbot, Eltern zwischen 30 und 44 Jahren unterstützen ein Handyverbot zu 83 Prozent und bei den über 45-Jährigen sind es sogar 91 Prozent.

Mehr Mittel für Inklusion

Das Konzept der Inklusion, also der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen, versammelt inzwischen eine breite Mehrheit der Eltern hinter sich. Allerdings kritisieren die Eltern, dass die Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion an den Schulen bisher nicht ausreichend gegeben sind. 85 Prozent fordern, dass die Basis für den inklusiven Unterricht an den Schulen durch mehr Geld, zusätzliche Lehrer und Sozialpädagogen sowie bessere bauliche Voraussetzungen verbessert werden muss. Bei den unter 29-Jährigen sind es sogar 90 Prozent. „Dieses Ergebnis belegt die große Solidarität der Eltern mit schwächeren und benachteiligten Schülern, beinhaltet aber vor allem den klaren Auftrag an die Politik, mit deutlich mehr finanziellen Mitteln die personellen und baulichen Voraussetzungen für erfolgreiche Inklusion zu schaffen“, so Barz.



Forderungen an die Bildungspolitik

Damit Schulvielfalt, verbunden mit echter Wahlfreiheit für die Eltern und Chancengleichheit für die Kinder entstehen kann, bedarf es laut Kullak-Ublick grundlegender Veränderungen im deutschen Schulsystem. „Vor allem muss die unterschiedliche Finanzierung von staatlichen und nicht-staatlichen Schulen beendet werden“, lautet eine seiner konkreten Forderungen an die Bildungspolitik – auch mit Blick auf die Ergebnisse der Elternstudie 2019. „Die jetzige Schulgesetzgebung fördert ein Zweiklassensystem, indem sie den freien Schulen eine gleichberechtigte Finanzierung vorenthält, zur Erhebung von Schulgeld zwingt und dadurch bewusst Hürden für einen ungehinderten Zugang schafft“, sagt Kullak-Ublick. Echte Chancengleichheit sei aber nur durch Vielfalt im Schulwesen möglich, unabhängig von den Schulträgern und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. „Das Schulgeld, das freie Schulen erheben müssen, da nicht die gesamten Schülerkosten refinanziert werden, ist für viele Eltern eine starke Hemmschwelle und erschwert Wahl- und Chancengleichheit.“

Internationale Bildungsvergleiche zeigen, dass der Bildungserfolg in Deutschland in einem Maß von der sozialen Herkunft abhängt wie in keinem anderen vergleichbaren Land. „Durch die Stärkung der freien Schulen werden sozioökonomische Unterschiede abgebaut und mehr Chancengleichheit für junge Menschen geschaffen“, sagt Kullak-Ublick. Dass dies in der Praxis funktioniere, zeigten die meisten skandinavischen Länder und die Niederlande. Hier hätten alle Familien freie Wahl zwischen verschiedenen Schulen, ohne dafür mit Schulgeldzahlungen bestraft zu werden. „So entsteht ein produktiver Wettbewerb, der nichts mit dem Einkommen der Eltern, aber umso mehr mit pädagogischer Gestaltungsfreiheit zu tun hat und dadurch allen Schulen und vor allem den Schülern zugutekommt“, betont Kullak-Ublick. „Wir müssen uns auch in Deutschland davon verabschieden, die Finanzierung vom Schulträger abhängig zu machen, sondern nach der Schülerzahl gehen. Schulen sollten für jeden Schüler den gleichen Kostensatz erhalten.“

Wegmarken für ein gerechtes und zukunftsfähiges Schulwesen

Der Bund der Freien Waldorfschulen nimmt die Veröffentlichung der Elternstudie 2019 zum Anlass, eine breite Diskussion um die aktuellen Herausforderungen des Schulsystems anzuregen und formuliert „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“. Kullak-Ublick: „Zahlreiche gesellschaftliche, soziale, demografische und technologische Entwicklungen verändern mit zunehmender Geschwindigkeit das Leben der Kinder und Jugendlichen und bedürfen pädagogischer Antworten. Um den aktuellen Herausforderungen zu entsprechen, brauchen wir Schulen, die allen Schülern offenstehen und Lehrer, die flexibel auf ihre Bedürfnisse eingehen können. Mit unseren ‚7 Kernforderungen an die Bildungspolitik‘ legen wir nun Wegmarken für ein Schulwesen vor, das die Individualität der Schüler, die Professionalität der Lehrer und die Mündigkeit der Eltern gleichermaßen ernst nimmt.“



Die „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ sowie druckfähige Ergebnis- und Infografiken der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“ können hier heruntergeladen werden:
www.waldorfschule.de/elternstudie

Studiensteckbrief: Für die repräsentative Studie befragte das Meinungsforschungsinstitut Mentefactum in Kooperation mit Aris Umfrageforschung im Januar und Februar 2019 im Auftrag des Bundes der Freien Waldorfschulen telefonisch 2.064 Eltern mit mindestens einem schulpflichtigen Kind bis zu 18 Jahren.



PRESSE-INFORMATION

Bildung und Schule – Einstellungen von Eltern in Deutschland zur Schulpolitik Fachbuch zur Elternstudie 2019 erschienen

Berlin, 18. September 2019. Was steckt hinter den Zahlen der Elternstudie 2019 und welche Konsequenzen ergeben sich aus der Studie für die Bildungspolitik und pädagogische Praxis? Antworten darauf liefert das Fachbuch „Bildung und Schule – Elternstudie 2019: Einstellungen von Eltern zur Schulpolitik“. Unter der Leitung von Prof. Dr. Heiner Barz (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) hat ein Team von ausgewiesenen Experten die Ergebnisse der repräsentativen Elternbefragung für das Fachbuch differenziert analysiert und wissenschaftlich eingeordnet. Das 180-seitige Fachbuch ist jetzt im Waxmann Verlag erschienen und kostet 24,90 Euro.

Herausgeber und Studienleiter Professor Barz befasst sich im Fachbuch neben den zentralen Studienbefunden mit grundlegenden Aspekten der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule aus Sicht der Bildungsforschung. Er klärt beispielsweise die Frage, ob der Einfluss der Elternkooperation überschätzt wird und beschreibt unterschiedliche Wege aktiver Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. In weiteren Kapiteln des Fachbuchs diskutieren die Autorinnen und Autoren etwa die Chancen und Risiken der Digitalisierung für Kinder in verschiedenen Entwicklungsphasen, besonders das Zusammenspiel von Mediennutzung im schulischen und häuslichen Kontext, oder die Unterschiede zwischen Elternwünschen und Realität bei schulischen Inklusion.

Konkrete pädagogische und rechtliche Anregungen sowie bildungspolitische Konsequenzen aus den Studienergebnissen werden im Abschnitt „Praxisperspektiven“ präsentiert.

Allgemeine Studieninformationen

Auftraggeber der Studie ist der Bund der Freien Waldorfschulen. Er hat das 100-Jährige Waldorfjubiläum 2019 zum Anlass genommen, die Erwartungen, Wünsche und Meinungen der Eltern zum Thema Schule und Bildungspolitik in Deutschland anhand der vorliegenden Studie zu erfassen. Insgesamt wurden für die Elternstudie 2.064 Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter bis zu 18 Jahren der Bundesrepublik Deutschland telefonisch befragt. Die Befragung fand im Zeitraum vom 07.01. bis 08.02.2019 statt. Die Stichprobe wurde auf Grundlage bestehender Bevölkerungsstatistiken gewichtet, sodass die Ergebnisse repräsentativ sind. Die Befragung wurde vom Meinungsforschungsinstitut Mentefactum, Bielefeld, durchgeführt.



Heiner Barz (Hrsg.)

Bildung und Schule – Elternstudie 2019

Einstellungen von Eltern in Deutschland zur
Schulpolitik

180 Seiten

Waxmann Verlag, Münster

ISBN: 978-3-8309-9050-5

Preis: 24,90 €, E-Book: 21,99 €

erhältlich über www.waxmann.com und im Buchhandel

Bildung und Schule – Elternstudie 2019

Einstellungen
von Eltern in Deutschland
zur Schulpolitik

WAXMANN



Methodische Anlage der Untersuchung

GRUNDGESAMTHEIT: Eltern von schulpflichtigen Kindern im Alter von bis zu 18 Jahren in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland. Auswahlgesamtheit sind jene Privathaushalte mit mindestens einem Festnetzanschluss.

STICHPROBE: 2.064 Interviews

AUSWAHLVERFAHREN: Die Telefonnummern wurden per „Random Last Two Digits-RL(2)D-Verfahren“ in Anlehnung an das sogenannte Gabler-Häder-Verfahren generiert. Dazu werden im ersten Schritt aus den verfügbaren Telefonnummern durch „Abschneiden“ der letzten beiden Stellen Nummernstämme gebildet. Im zweiten Schritt wird das Universum der möglichen Telefonnummern für diese Stämme generiert, indem jeder vorkommende Nummernstamm mit allen Ziffernkombinationen ergänzt wird. Aus diesem Universum wird im dritten Schritt eine Zufallsstichprobe proportional zur Haushaltsverteilung nach Regierungsbezirken und Gemeindegrößen gezogen. Die Auswahlgrundlage bildet das ADM-MasterSample für generierte Telefonnummern. Innerhalb der Haushalte wurde jeweils ein Elternteil befragt (Eltern mit schulpflichtigem/n Kind(ern) bis zu 18 Jahren).

DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG

Die Telefonbefragung wurde zentral durch ARIS, Hamburg, mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Die allgemeinen Arbeitsanweisungen, nach denen alle Interviewer/innen verfahren, regelten die einheitliche Durchführung der Interviews. Deren Kontrolle erfolgte direkt durch den Einsatzleiter im Telefonstudio. Der Fragebogen war als Protokollgrundlage in Bezug auf Reihenfolge und Wortlaut der Fragen für die Interviewer/innen verbindlich.



BEFRAGUNGSZEITRAUM: 07.01.2019 bis 08.02.2019

GEWICHTUNG: Die Studie wurde als disproportionale Stichprobe in Bezug auf Bundesländer bzw. Bundesländerzusammenfassungen angelegt, um angesichts unterschiedlicher Größenverhältnisse auch regional gültige Aussagen tätigen zu können. Daher wurde die Stichprobe zuerst durch eine Faktorgewichtung regional repräsentativ gewichtet. Im zweiten Schritt wurde auf Grundlage verfügbarer Bevölkerungsstatistiken wie Schulbildung, Berufstätigkeit des Befragten sowie Anzahl der Kinder gewichtet. Die Gewichtung stellt sicher, dass die der Auswertung zugrundeliegende Stichprobe in ihrer Zusammensetzung der Struktur der Grundgesamtheit entspricht. Damit sind die Untersuchungsergebnisse repräsentativ und können im Rahmen der statistischen Fehlertoleranzen auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden. Bei einer Stichprobe von 2.000 Befragten und einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 % betragen die statistischen Fehlertoleranzen zwischen 1,4 und 3,1 Prozentpunkten.

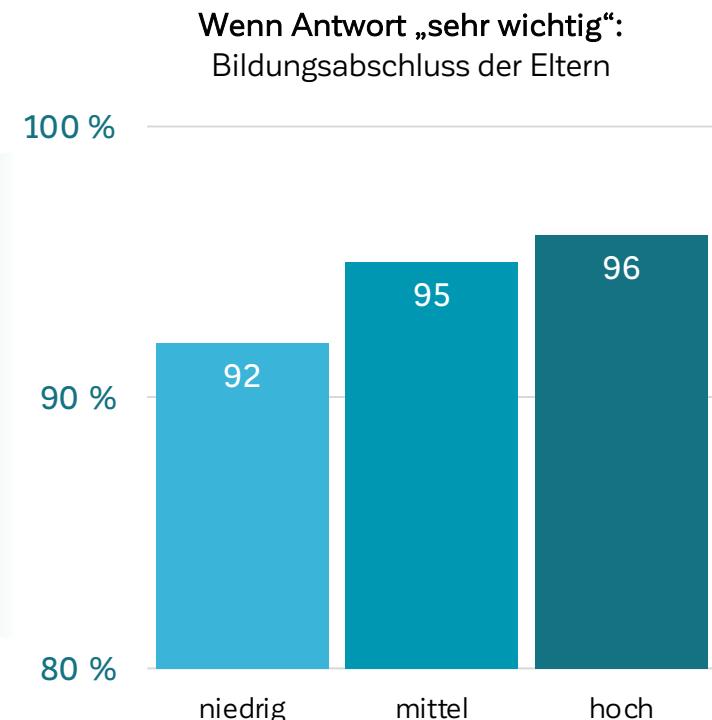
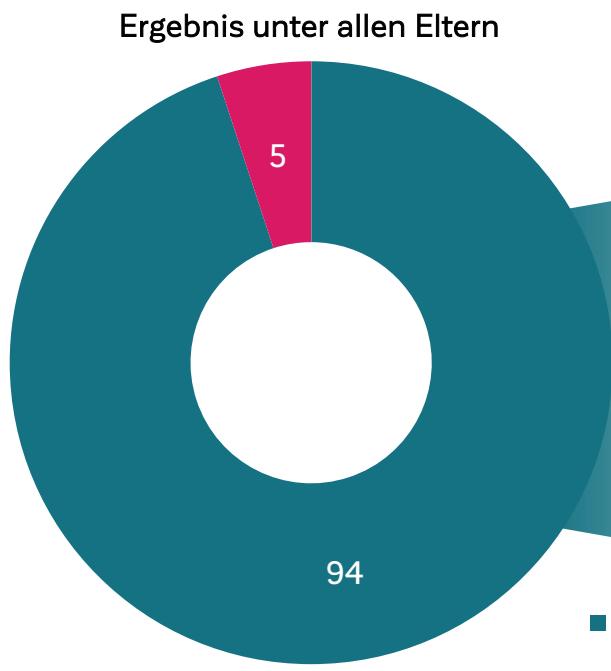
Bildung und Schule – Elternstudie 2019

Einstellungen von Eltern in Deutschland zur Schulpolitik



Wichtigkeit der Schulausbildung

Fast alle Eltern sprechen guter Schulausbildung einen hohen Stellenwert zu. Personen mit einem höheren Bildungsabschluss gewichten Schulbildung noch stärker.



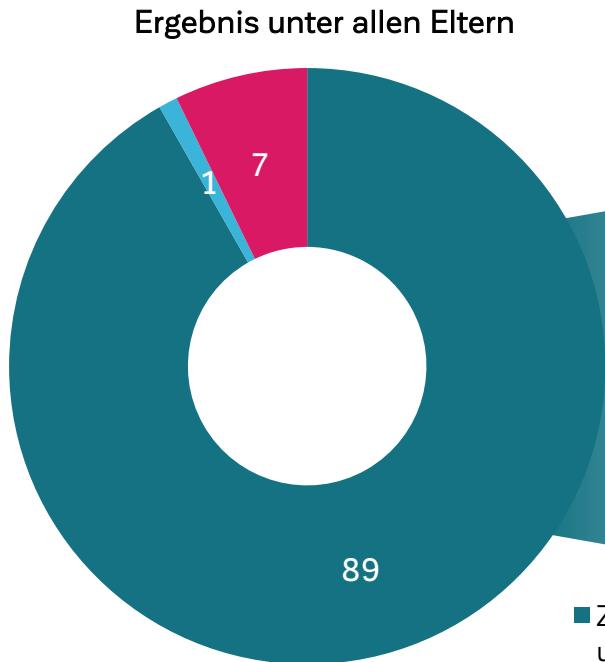
Angaben in Prozent

Frage: Für wie wichtig halten Sie es alles in allem, dass unsere Kinder eine gute Schulausbildung bekommen?

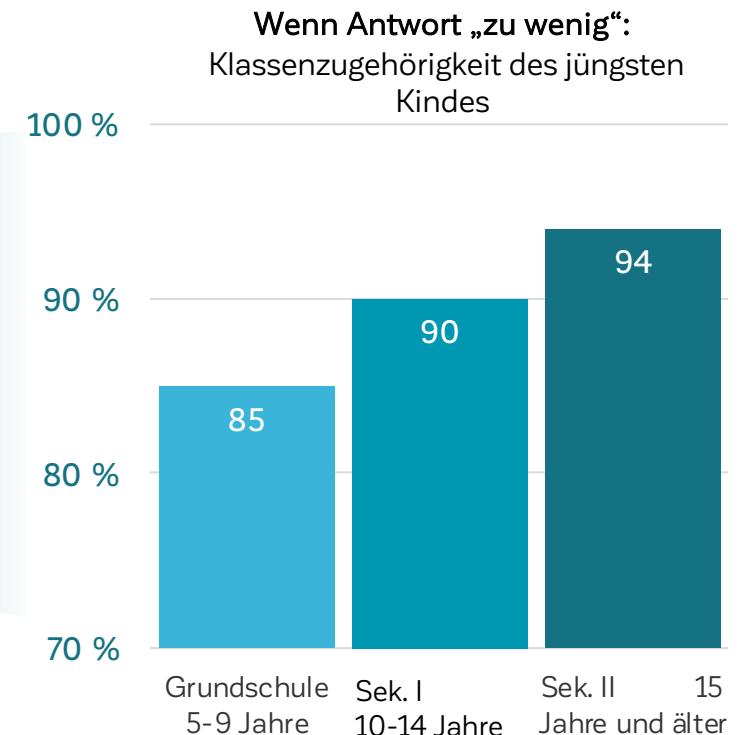
Basis: 2.064 Befragte

Zu wenig Geld für die Bildung?

Knapp 9 von 10 Eltern empfinden, dass der Staat „zu wenig“ Geld für Bildung ausgibt. Vor allem Eltern älterer Kinder unterstreichen diese Meinung.

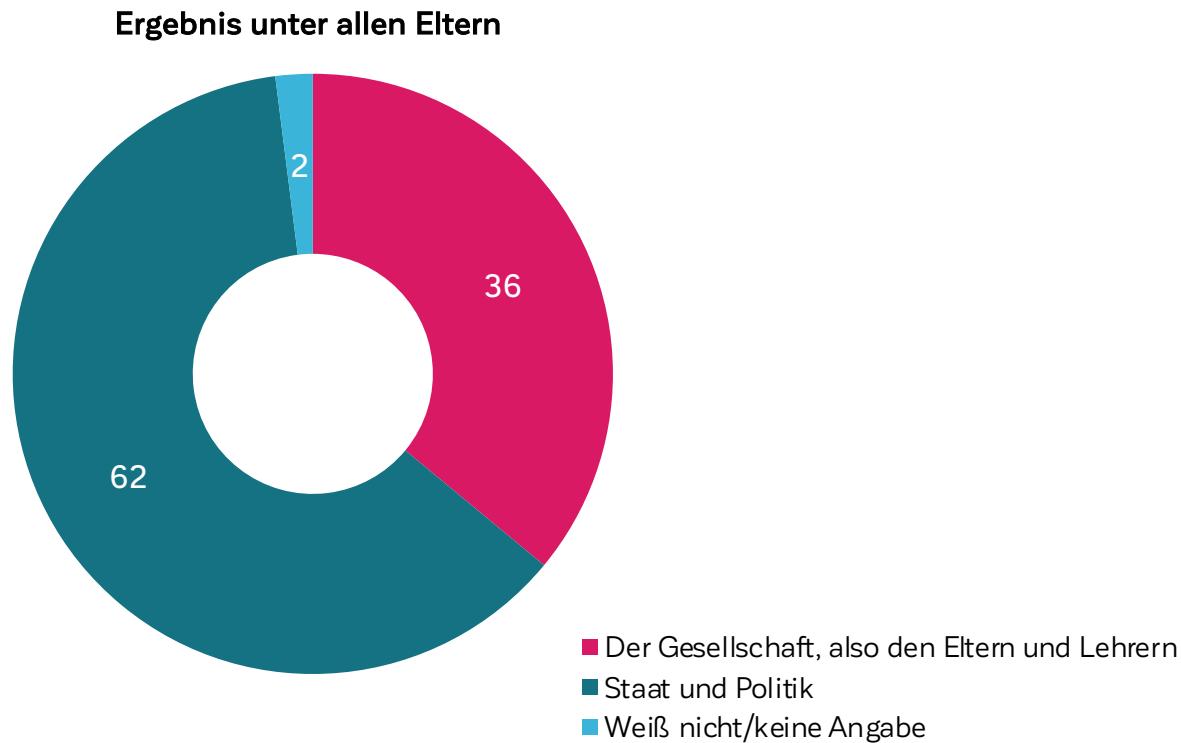


- Zu wenig für die Bildung unserer Kinder aus
- Zu viel
- Gerade richtig



Verantwortungsbereich Schule: Staat oder Zivilgesellschaft?

36 Prozent der Eltern geben an, dass die Verwirklichung von Schule eher die Aufgabe der Zivilgesellschaft ist, weniger des Staates.



Angaben in Prozent

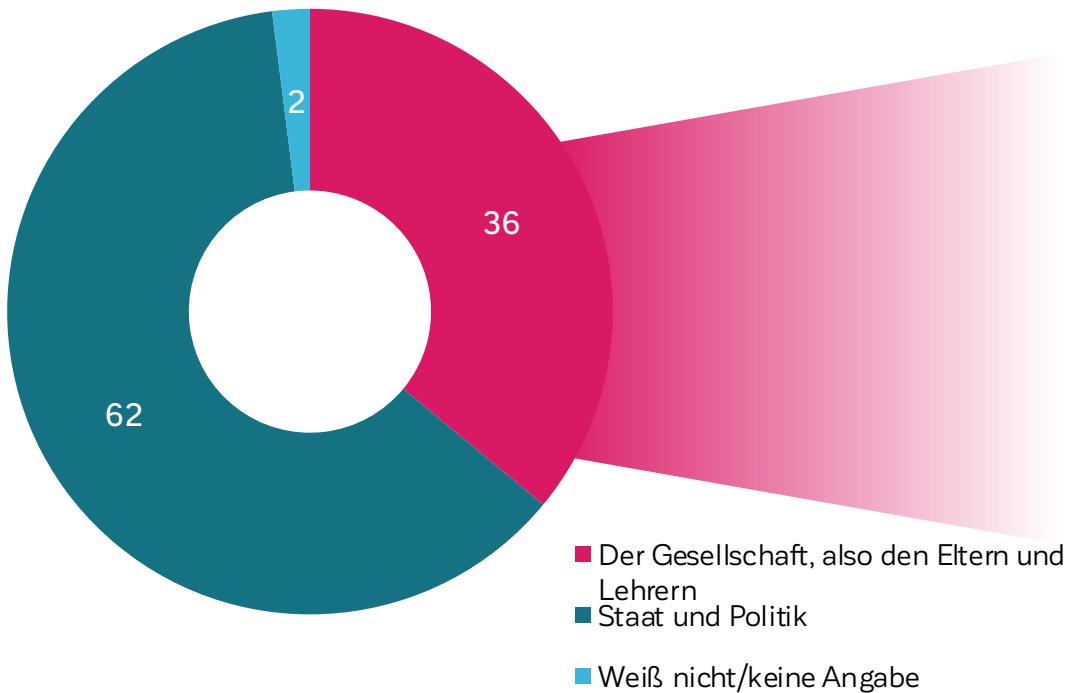
Frage: Ist für Sie die Schule, also die Lehrinhalte und Schulformen, eher eine Aufgabe von :

Basis: 2.064 Befragte

Verantwortungsbereich Schule: Staat oder Zivilgesellschaft?

Eltern deren Kinder auf Schulen in freier Trägerschaft gehen, sehen die Verwirklichung von Schule tendenziell mehr als Aufgabe der Zivilgesellschaft.

Ergebnis unter allen Eltern

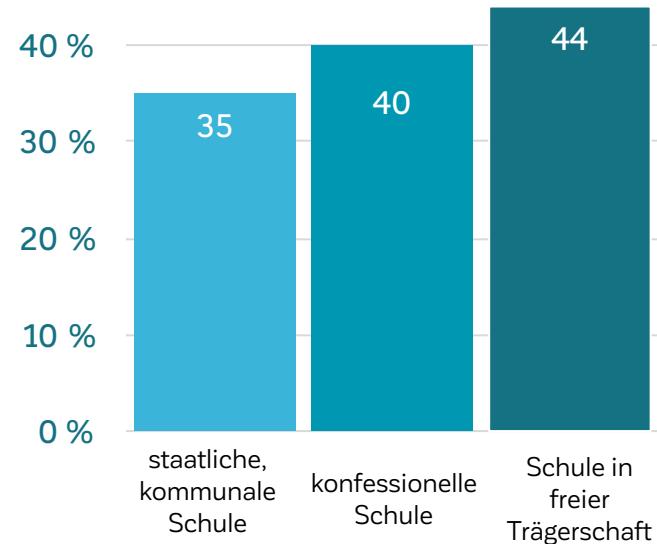


Angaben in Prozent

Frage: Ist für Sie die Schule, also die Lehrinhalte und Schulformen, eher eine Aufgabe von :

Basis: 2.064 Befragte

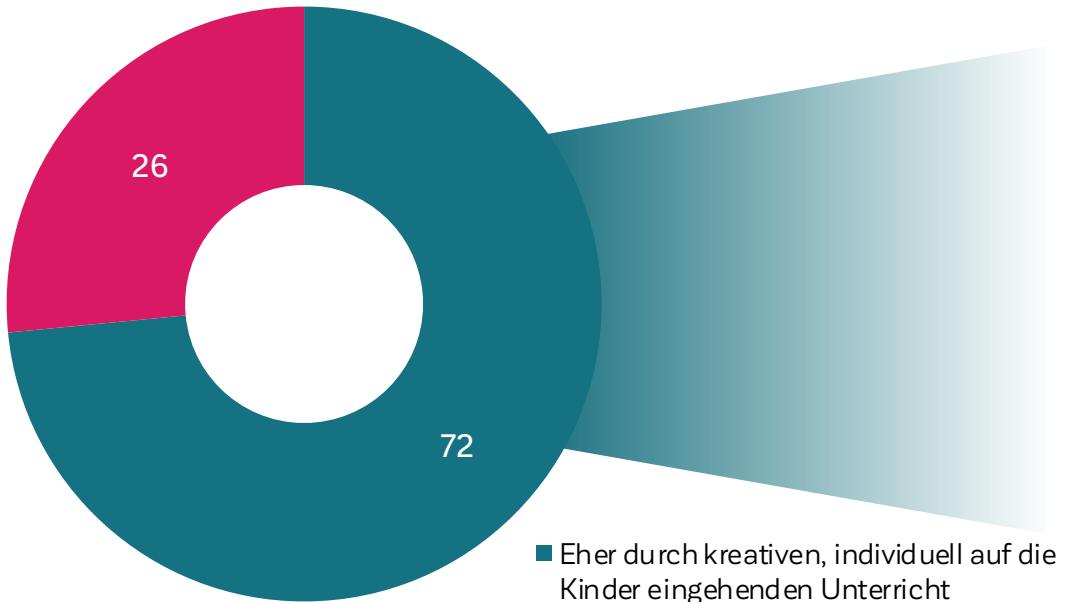
Wenn Antwort „Der Gesellschaft, also den Eltern und Lehrern“:
Schulform des jüngsten schulpflichtigen Kindes



Schule als Ort der Vorbereitung auf das Leben

Eine deutliche Elternmehrheit gibt an, dass vor allem eher „kreativer, individuell auf die Kinder eingehender Unterricht“ auf das Leben vorbereite.

Ergebnis unter allen Eltern

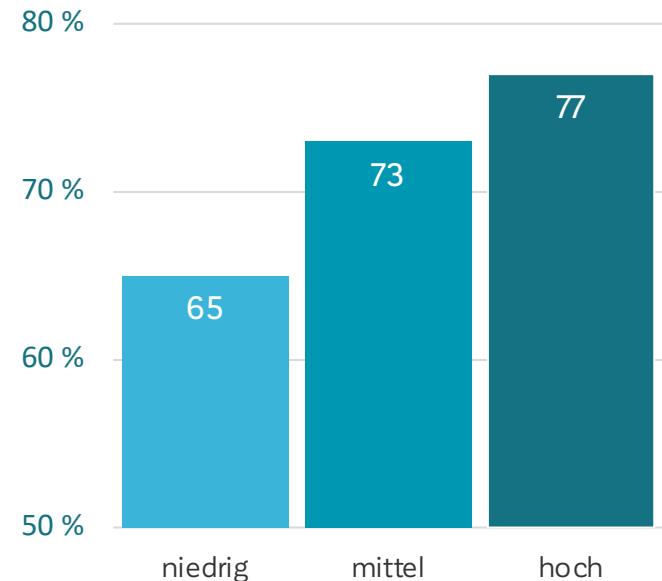


Angaben in Prozent

Frage: Die Schule soll Kinder ja auf das Leben vorbereiten, also Sicherheit geben, das Leben später gut zu bewältigen. Wodurch wird das eher erreicht?

Basis: 2.064 Befragte

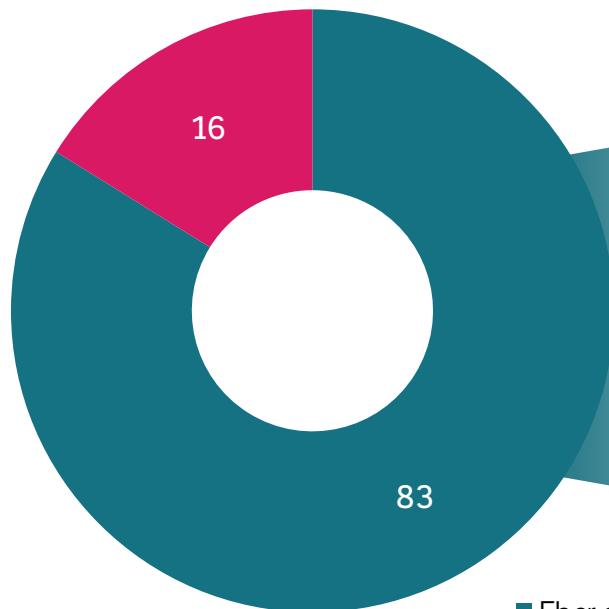
Wenn Antwort „kreativen, individuell auf das Kind eingehenden Unterricht“:
Bildungsabschluss der Eltern



Vorrangiger Vermittlungsauftrag der Schulen

Nur 16 Prozent der Eltern sehen den Vermittlungsauftrag der Schulen in der direkten Vorbereitung auf den Beruf. Deutlich stärker wird eine vielfältige humanistische Bildung präferiert.

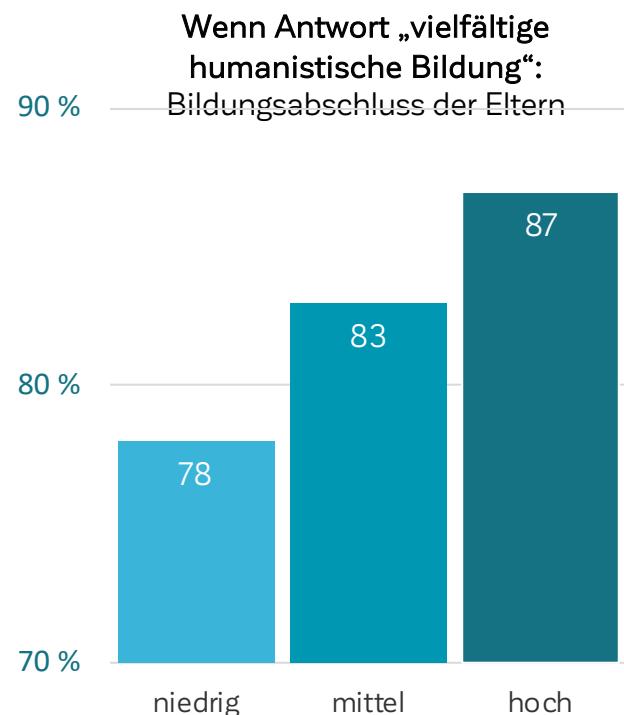
Ergebnis unter allen Eltern



Angaben in Prozent

Frage: Was sollten Schulen vor allem vermitteln?

Basis: 2.064 Befragte



Forderungen an den Schulunterricht

Eine überwältigende Mehrheit meint, Schule sollte sowohl die Entwicklung zur selbstbewussten Persönlichkeit als auch die Förderung praktischer, künstlerischer und musischer Kenntnisse leisten.

Die Schule sollte nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein, sondern auch die Entwicklung einer **selbstbewussten Persönlichkeit** fördern.



Der Schulunterricht muss dafür sorgen, dass die Kinder auch **praktische, künstlerische und musische Kenntnisse** und Erfahrungen erwerben können.



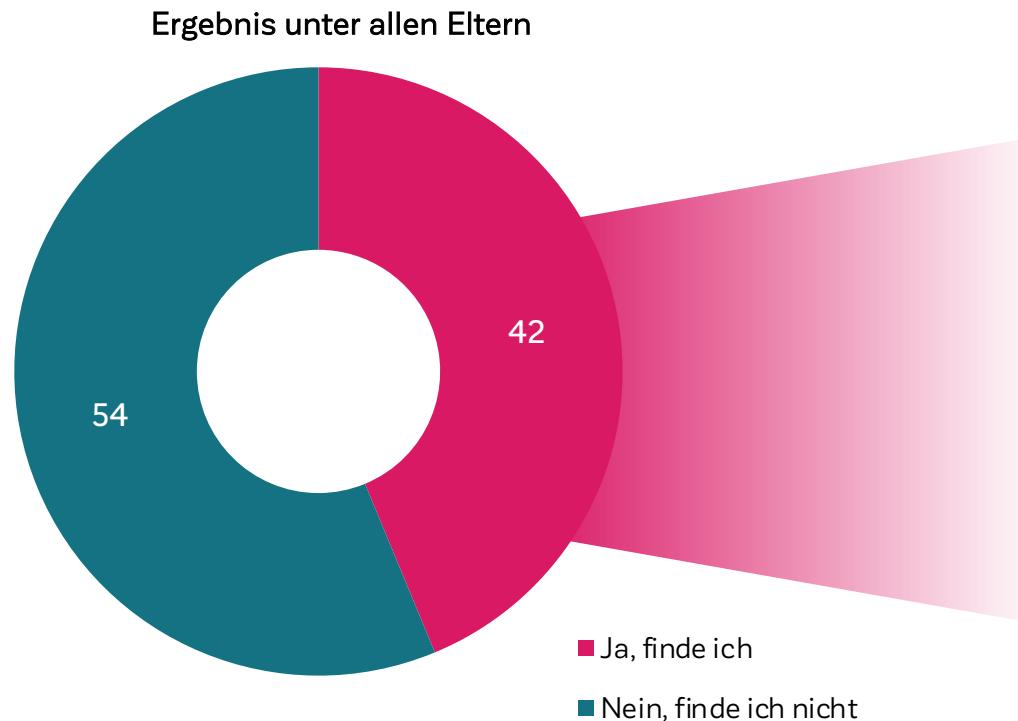
Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen nun zwei Forderungen zum Schulunterricht vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen Forderungen zustimmen – oder diese ablehnen?

Basis: 2.064 Befragte

Der Wettbewerb der Schulen

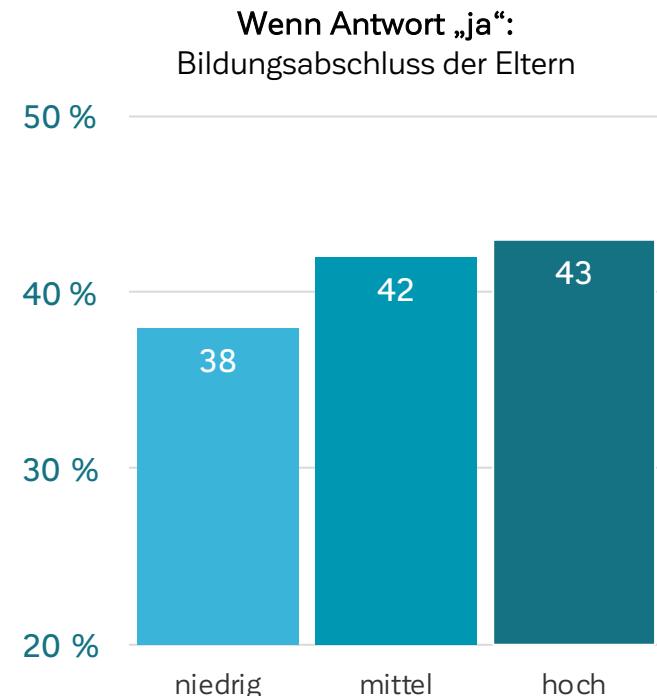
42 Prozent der Befragten finden, dass es zwischen den Schulen mehr Wettbewerb um gute pädagogische Konzepte und Ideen geben sollte.



Angaben in Prozent

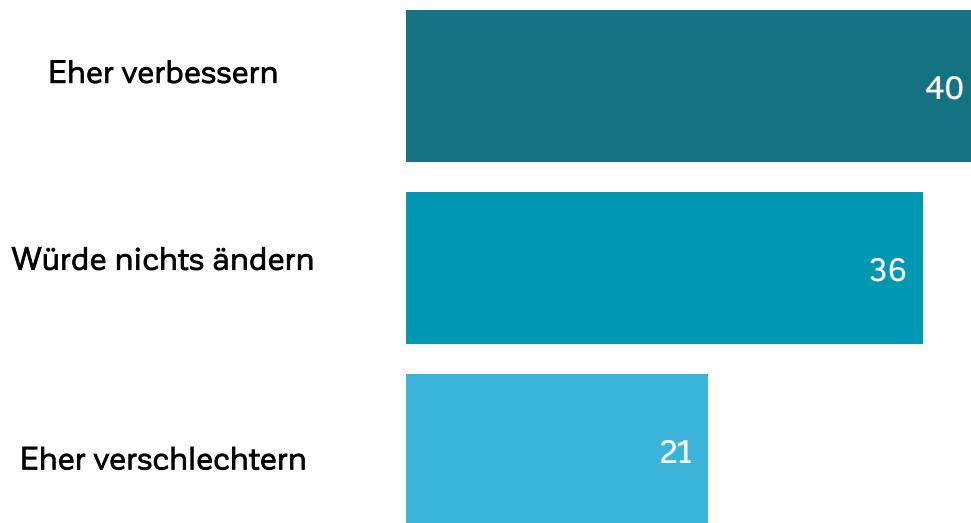
Frage: Finden Sie ganz allgemein, dass es zwischen den Schulen mehr Wettbewerb um gute pädagogische Konzepte und Ideen geben sollte?

Basis: 2.064 Befragte



Die Qualität der Schulen

Trotz Vorbehalten erwartet eine relative Elternmehrheit von 40 Prozent, dass stärkerer Wettbewerb zwischen den Schulen deren Qualität positiv beeinflussen würde.



Angaben in Prozent

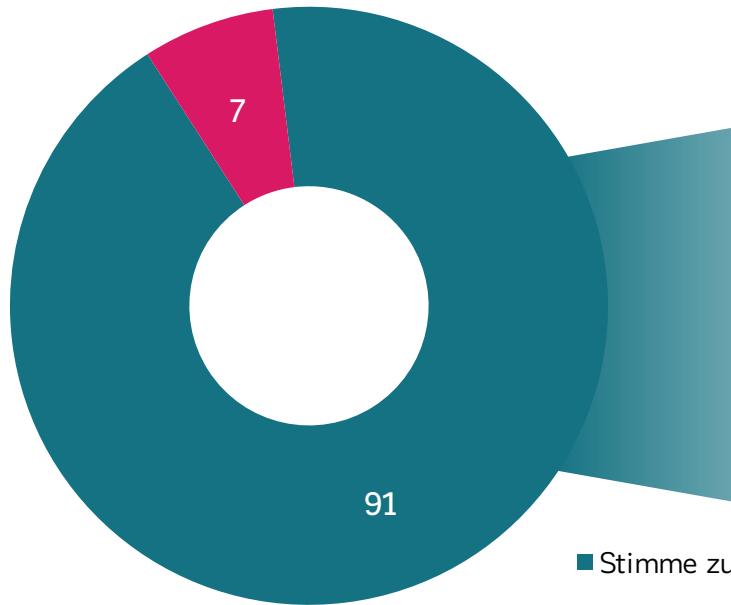
Frage: Und würde dieser Wettbewerb die Qualität der Schulen:

Basis: 2.064 Befragte

Forderungen an die Schulen: Recht auf umfassende Bildung

Eine kulturelle und musiche Bildung halten fast alle Eltern für bedeutungsvoll.
Insbesondere Befragte, die eine Schule in freier Trägerschaft präferieren.

Ergebnis unter allen Eltern

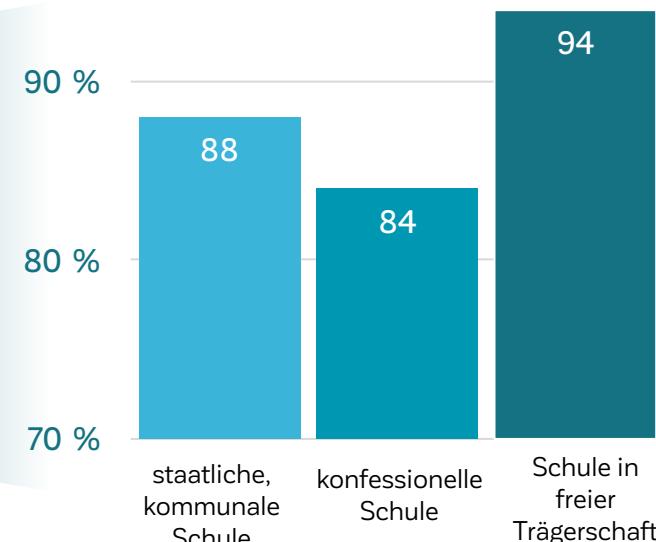


Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Forderungen vor, die Eltern an die Schule stellen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Forderung zustimmen oder diese ablehnen: Jedes Kind sollte das Recht auf umfassende Bildung haben, die auch kulturelle und musiche Bildung miteinschließt.

Basis: 2.064 Befragte

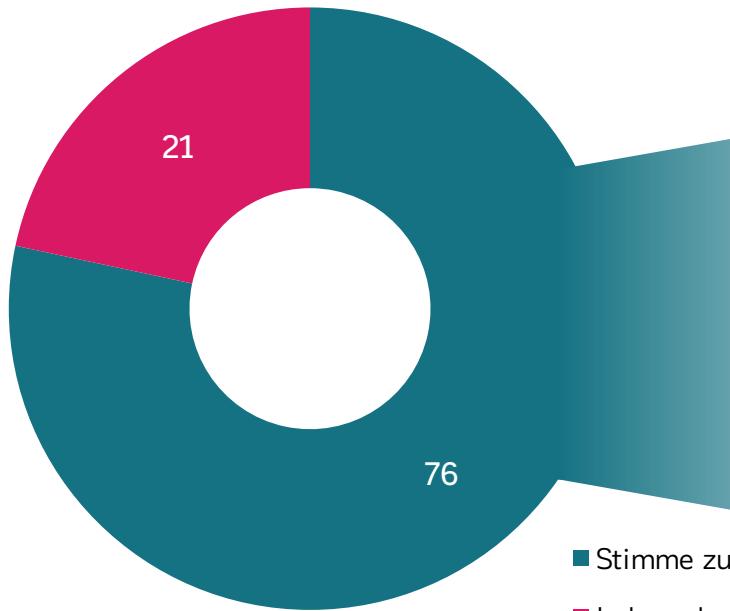
Wenn Antwort „stimme zu“:
Schulpräferenz bei Bedingungsgleichheit
verschiedener Schulformen



Eltern fordern Ausrichtung nach Schüler*innenbedürfnissen

Eine klare Elternmehrheit, besonders Eltern freier Träger, teilt die Meinung, dass Schulbildung freier nach den Schüler*innenbedürfnissen und weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden gestaltet werden sollte.

Ergebnis unter allen Eltern

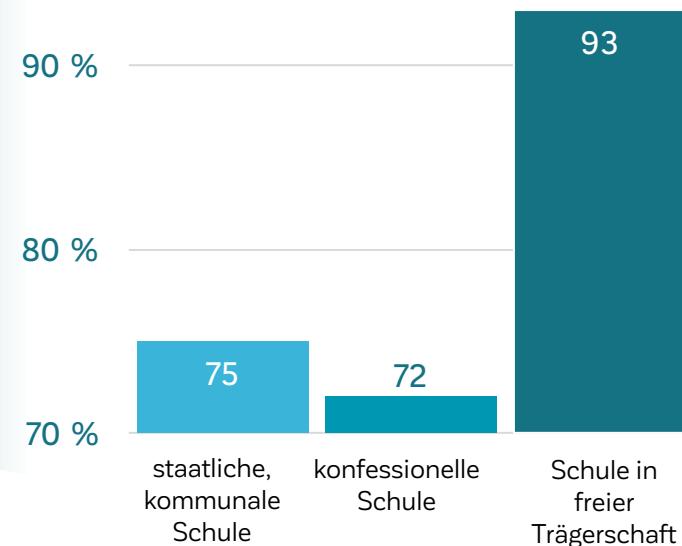


Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Forderungen vor, die Eltern an die Schule stellen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Forderung zustimmen oder diese ablehnen: : Die Schulbildung sollte vor allem nach den Schülerbedürfnissen, weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden, freier gestaltet werden.

Basis: 2.064 Befragte

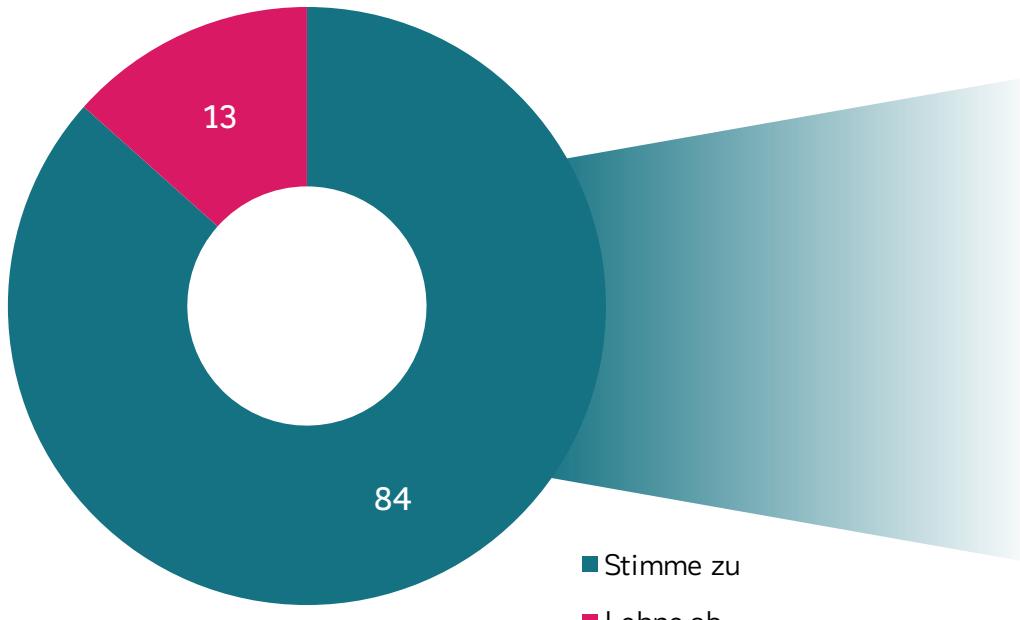
Wenn Antwort „stimme zu“:
Schulform des jüngsten schulpflichtigen
Kindes



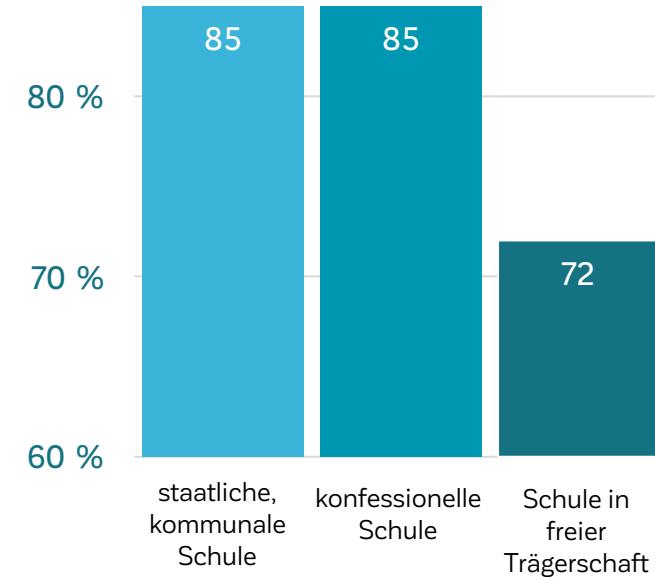
Eltern fordern freie Schulwahl ohne Zusatzkosten

Eltern und Kinder sollen das Recht haben, sich für eine Schule unabhängig von Zusatzkosten entscheiden zu können. Das kann als Aufforderung für eine finanzielle Gleichstellung der Schulformen verstanden werden.

Ergebnis unter allen Eltern



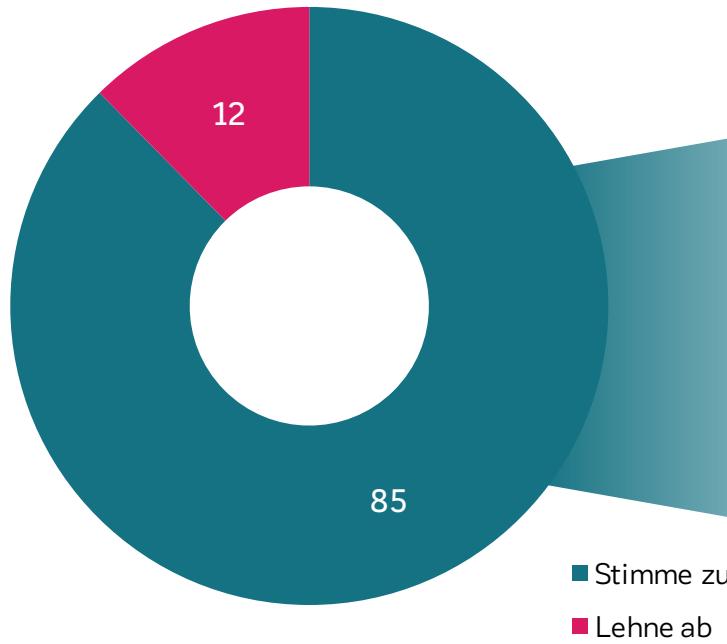
Wenn Antwort „stimme zu“:
Schule des jüngsten schulpflichtigen Kindes



Eltern fordern bessere Inklusionsvoraussetzungen

Eine klare Mehrheit stimmt verbesserten Voraussetzungen (mehr Geld, mehr Lehrer und Sozialpädagogen sowie bauliche Voraussetzungen) für inklusiven Unterricht zu. Jüngere Eltern unterstützen diese Forderung tendenziell stärker.

Ergebnis unter allen Eltern

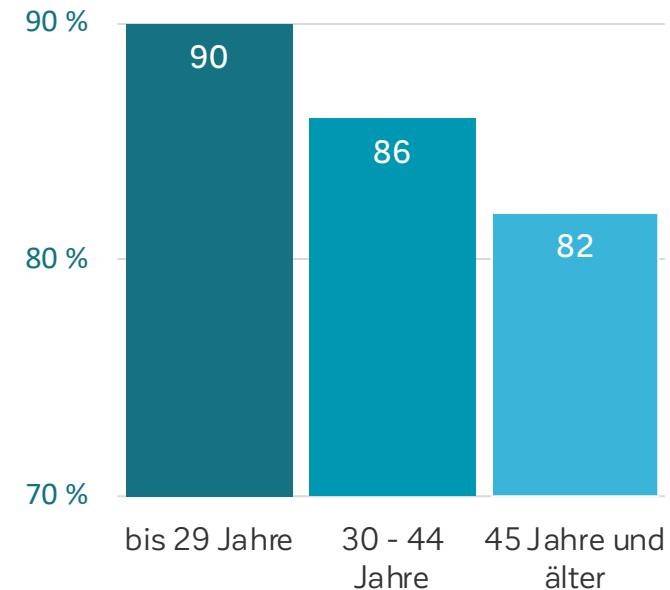


Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Forderungen vor, die Eltern an die Schule stellen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Forderung zustimmen oder diese ablehnen: Die Basis für Inklusion, also dem gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Förderbedarf, muss an den Schulen durch mehr Geld, mehr Lehrer und mehr Sozialpädagogen sowie bauliche Voraussetzungen verbessert werden.

Basis: 2.064 Befragte

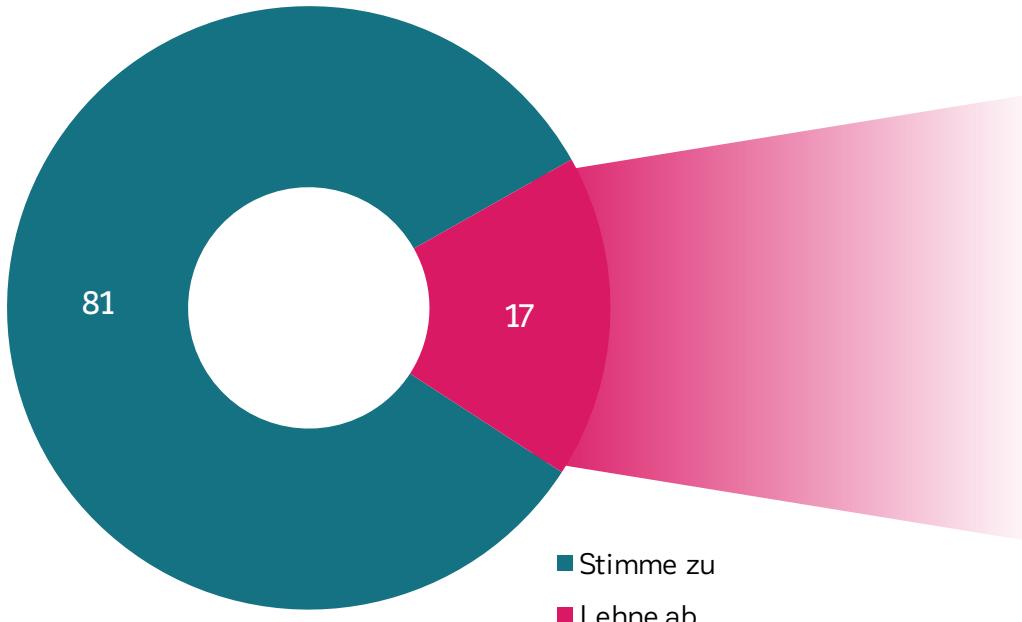
Wenn Antwort „stimme zu“:
Alter der Eltern



Eltern fordern kreative Kompetenz der Lehrer*innen

Nur 17 Prozent der Eltern lehnen kreative und praktische Ausbildungsinhalte neben der fachlichen Ausbildung der Lehrer ab. Dies vor allem Eltern von Kindern auf konfessionellen Schulen.

Ergebnis unter allen Eltern

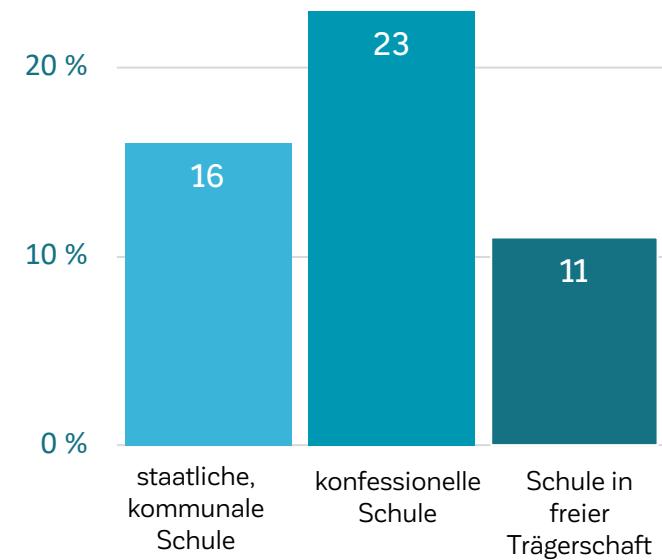


Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Forderungen vor, die Eltern an die Schule stellen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Forderung zustimmen oder diese ablehnen: Lehrer müssen neben ihrer fachlichen Ausbildung auch in kreativen und praktischen Inhalten ausgebildet werden.

Basis: 2.064 Befragte

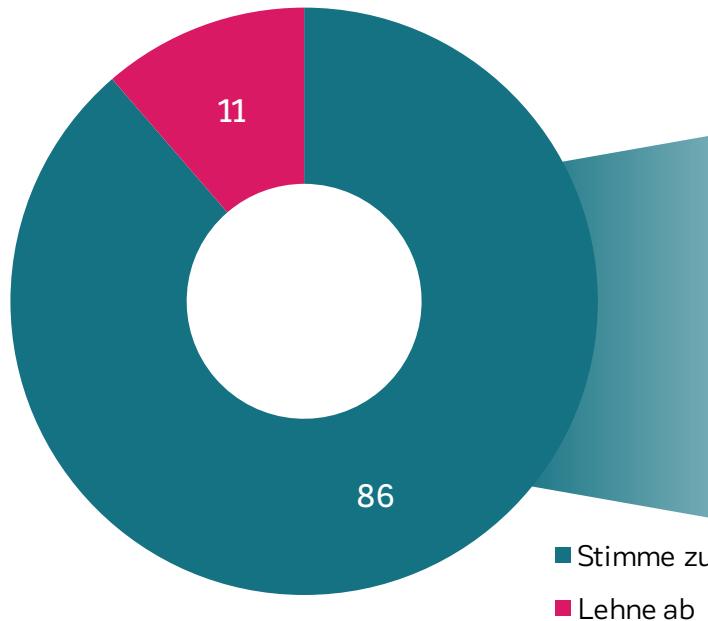
Wenn Antwort „lehne ab“:
Schulform des jüngsten schulpflichtigen
Kindes



Eltern fordern Detailgestaltung durch Lehrer*innen vor Ort

Ein eindeutiges Meinungsbild: Der Lehrplan soll lediglich die Rahmenbedingungen setzen, die Gestaltung im Detail soll bei den Lehrer*innen entsprechend der Schüler*innenfähigkeiten liegen.

Ergebnis unter allen Eltern

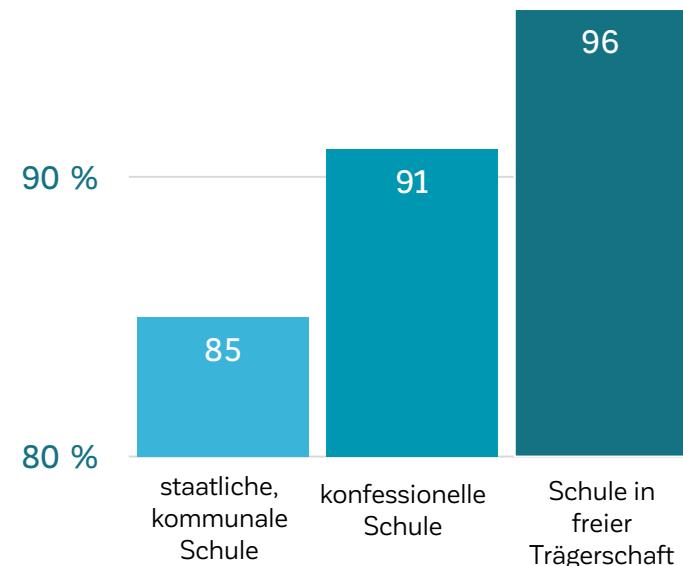


Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Forderungen vor, die Eltern an die Schule stellen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Forderung zustimmen oder diese ablehnen: **Der Lehrplan setzt nur den Rahmen für den Unterricht. Die Gestaltung im Detail übernimmt dann der Lehrer vor Ort entsprechend der Schülerfähigkeiten.**

Basis: 2.064 Befragte

Wenn Antwort „stimme zu“:
Schulform des jüngsten schulpflichtigen Kindes



Forderungen an die Schulen

Eltern schulpflichtiger Kinder unterstützen in überwältigender Weise detaillierte bildungspolitische Forderungen der Waldorfschulen! Das gilt besonders für den Einschluss kultureller und musischer Bildung.

Jedes Kind sollte das Recht auf umfassende Bildung haben, die auch kulturelle und musiche Bildung miteinschließt.

Die Schulbildung sollte vor allem nach den Schülerbedürfnissen, weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden, freier gestaltet werden.

Eltern und Kinder sollten das Recht haben, sich für die Schule ihrer Wahl ohne Zusatzkosten entscheiden zu können.

Die Basis für die Inklusion, also den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Förderbedarf, muss an den Schulen durch mehr Geld, mehr Lehrer und Sozialpädagogen sowie bauliche Voraussetzungen verbessert werden.

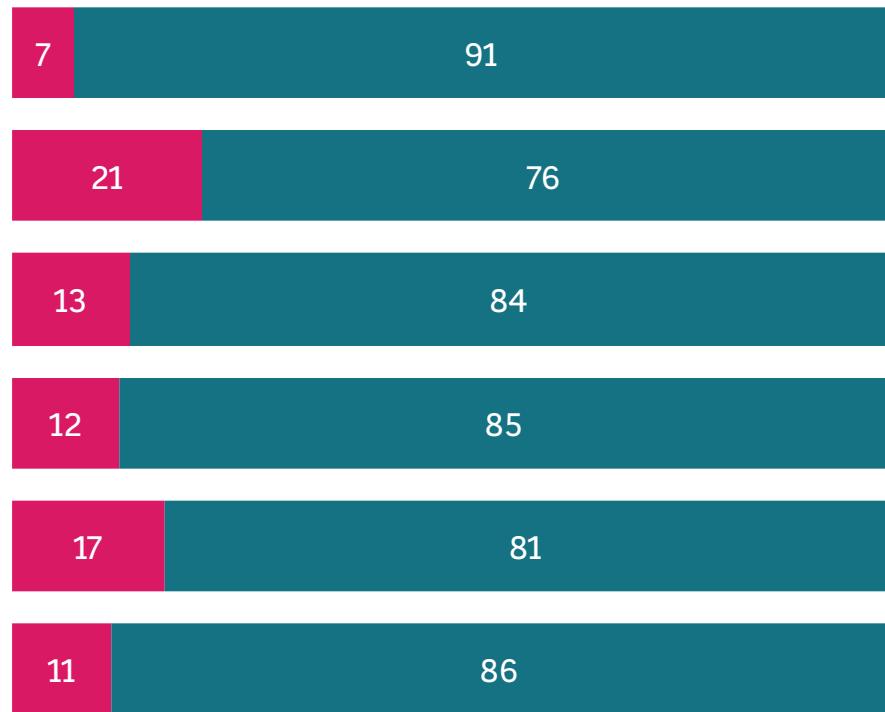
Lehrer müssen neben ihrer fachlichen Ausbildung auch in kreativen und praktischen Inhalten ausgebildet werden.

Der Lehrplan setzt nur den Rahmen für den Unterricht. Die Gestaltung im Detail übernimmt dann der Lehrer vor Ort entsprechend der Schülerfähigkeiten.

Angaben in Prozent

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Forderungen vor, die Eltern an die Schule stellen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Forderung zustimmen oder diese ablehnen:

Basis: 2.064 Befragte

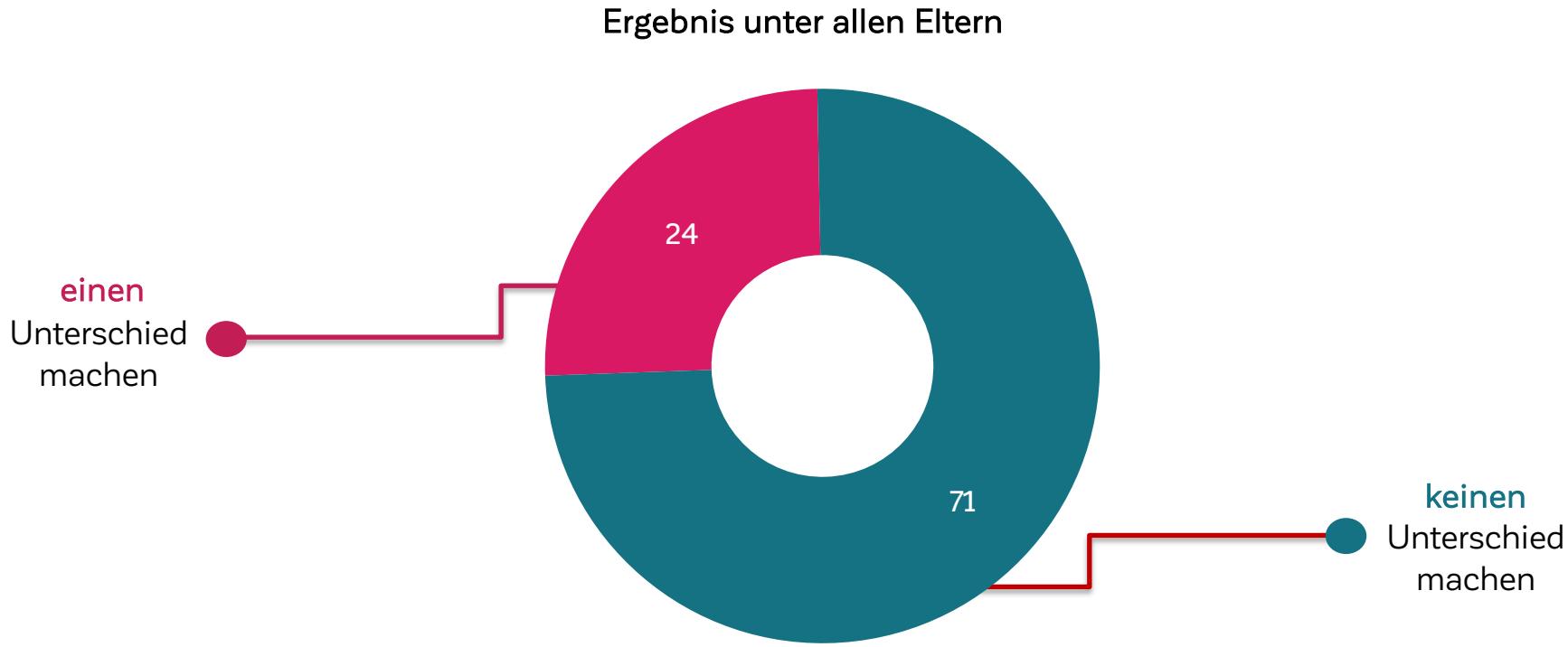


■ Lehne ab

■ Stimme zu

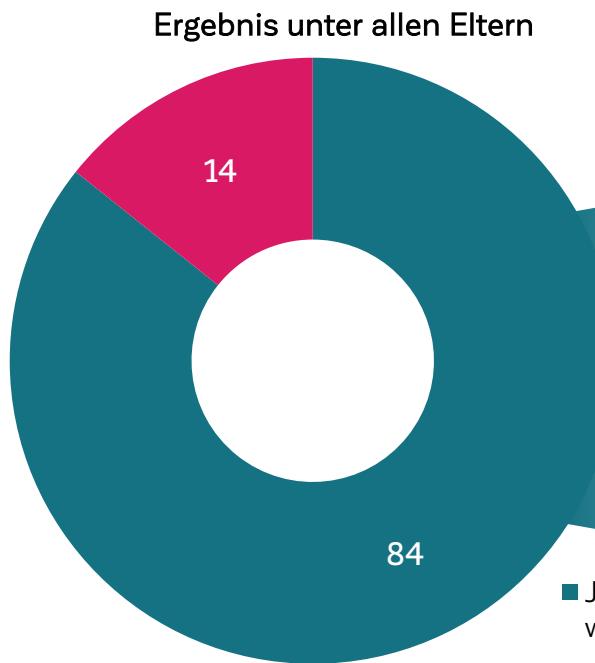
Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft

Eine große Elternmehrheit ist dafür, dass alle Schularten gleich finanziert werden. Das gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.



Attraktivität handwerklicher Berufe

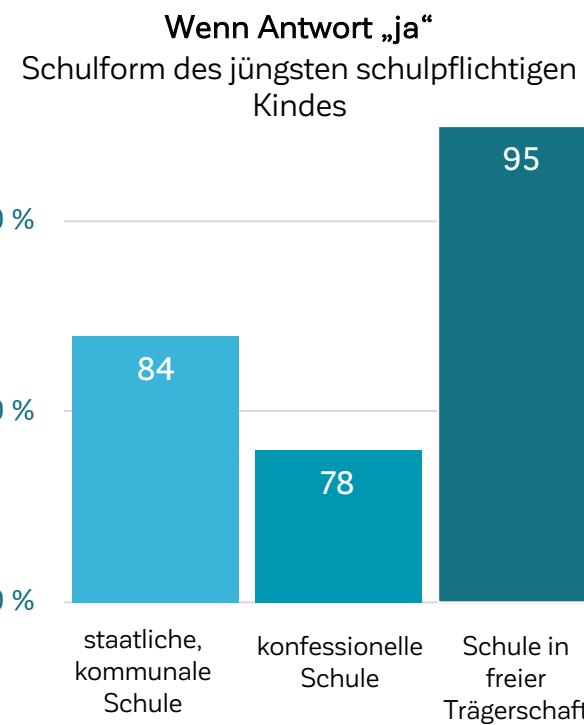
Durch die Wahl einer Schulform mit Werkunterricht werden handwerkliche Berufe offenbar attraktiver!



Angaben in Prozent

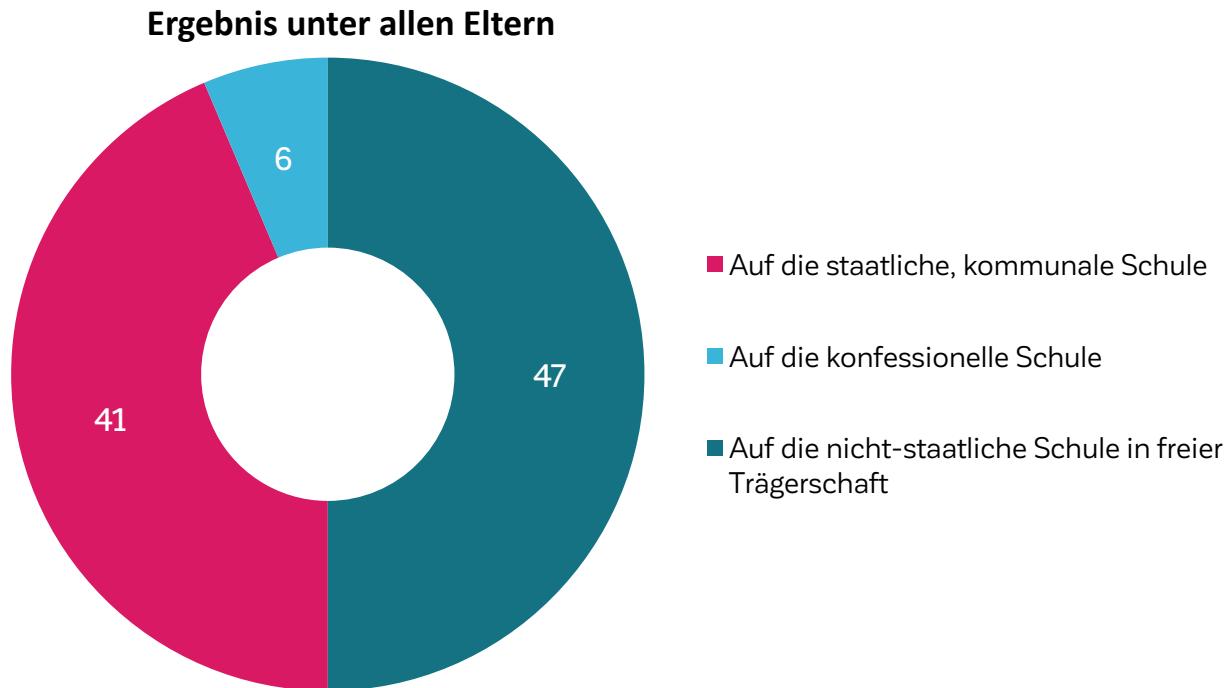
Frage: An manchen Schulen hat ja der Kunst- und Werkunterricht eine große Bedeutung. Glauben Sie, dass diese Wertschätzung praktischer Fähigkeiten dazu führt, dass handwerkliche Berufe für Schüler attraktiver werden?

Basis: 2.064 Befragte



Die bevorzugte Schulform

Unter gleichen Finanzierungs- und Entfernungsvoraussetzungen favorisieren Eltern vor allem nicht staatliche Schulen in freier Trägerschaft.



Angaben in Prozent

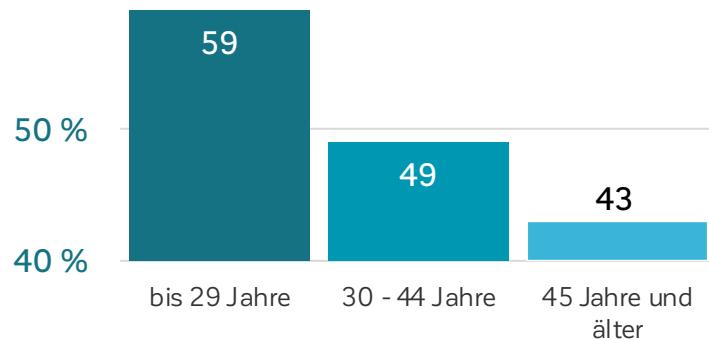
Frage: Mal angenommen, Schulkosten und Schulentfernung wären gleich. Auf welche Schule würden Sie dann Ihr Kind schicken:

Basis: 2.064 Befragte

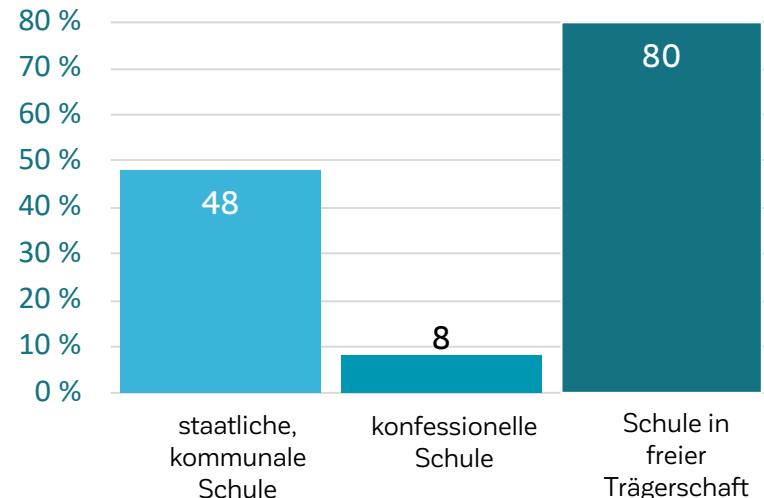
Die bevorzugte Schulform

45 Prozent der Eltern, die ihr jüngstes Kind auf einer staatlichen oder konfessionellen Schule haben, sprechen sich für eine Schule in freier Trägerschaft aus.

Unter den „nicht staatliche Schule in freier Trägerschaft“ Präferierenden:
Alter der Eltern



Unter den „nicht staatliche Schule in freier Trägerschaft“-Präferierenden:
Schulform des jüngsten schulpflichtigen Kindes



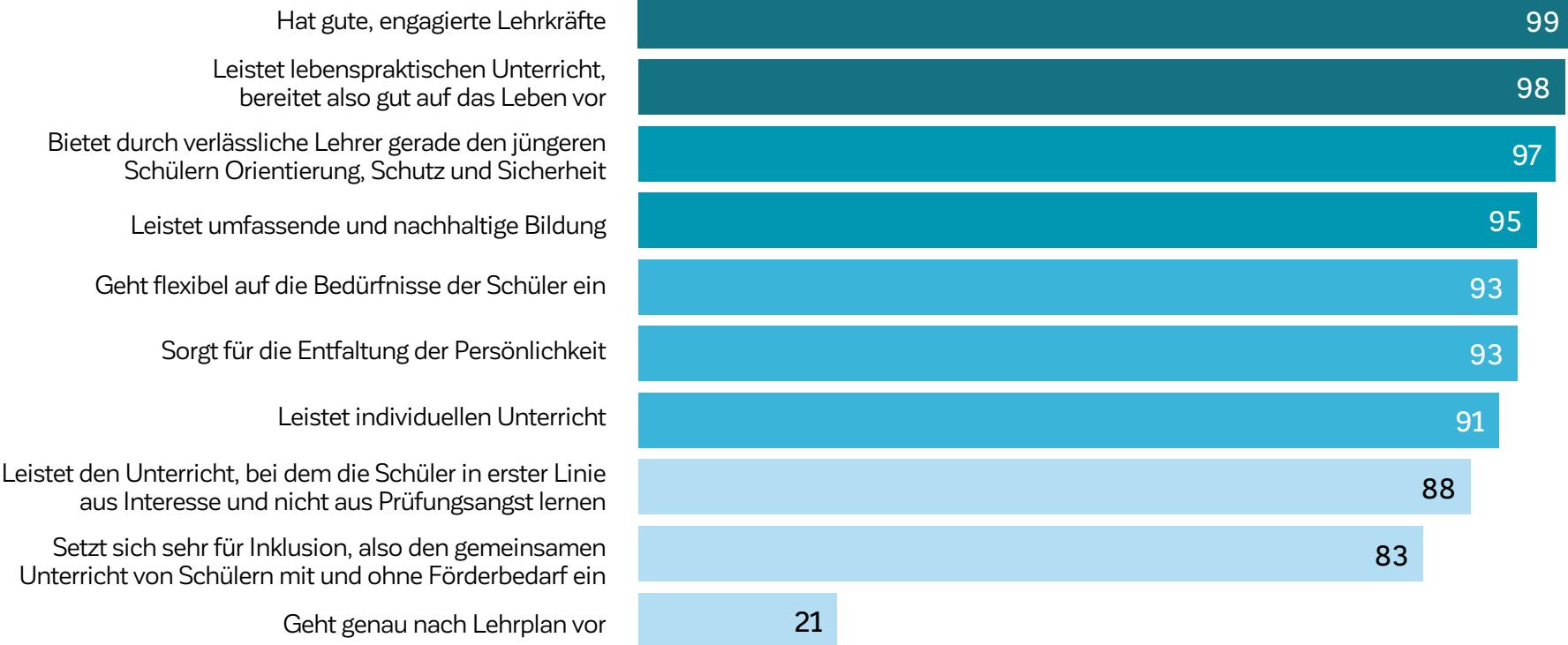
Angaben in Prozent

Frage: Mal angenommen, Schulkosten und Schulentfernung wären gleich. Auf welche Schule würden Sie dann Ihr Kind schicken:

Basis: 2.064 Befragte

Charakteristika einer guten Schule

Fast alle der genannten Eigenschaften haben für Eltern überragende Bedeutung. Nur eine Zielvorgabe landet weit abgeschlagen: „Geht genau nach Lehrplan vor“.



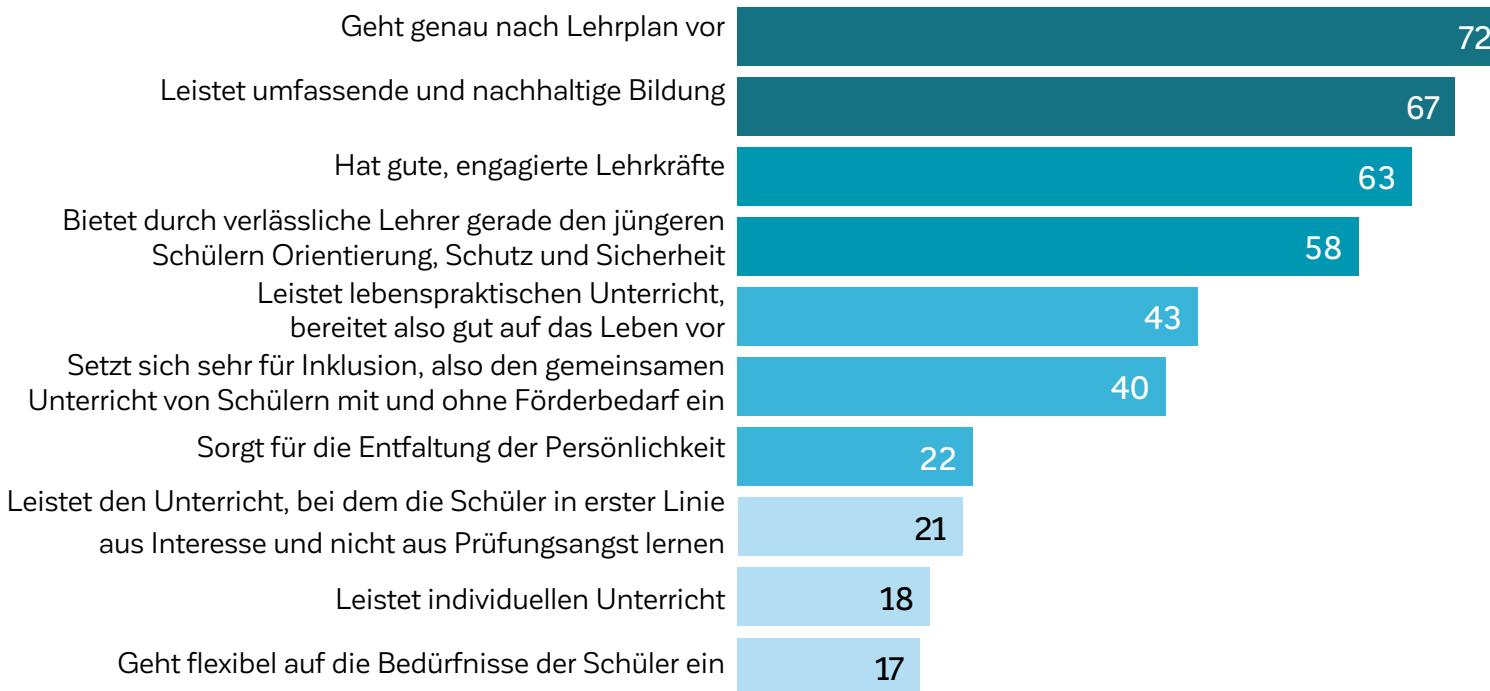
Angaben in Prozent

Frage: Unsere Schulen sind ja nach Art und inhaltlichen Konzepten verschieden. Ich lese Ihnen dazu jetzt einige Bewertungsmaßstäbe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese Eigenschaften bei der Qualitätsbeurteilung einer Schule für wichtig oder unwichtig halten:

Basis: 2.064 Befragte

Charakteristika einer staatlichen, kommunalen Schule

„Geht genau nach Lehrplan vor“, „Leistet umfassende und nachhaltige Bildung“ und „Hat gute, engagierte Lehrkräfte“ charakterisieren nach Elternmeinung eine staatliche, kommunale Schule am besten.



Angaben in Prozent

Frage: Jetzt geht es darum, ob diese Eigenschaften auf die verschiedenen Schulformen zutreffen. Welche dieser Eigenschaften treffen grundsätzlich auf die **staatlichen, kommunalen Schulen** zu?

Basis: 2.064 Befragte

Handlungs-Relevanz-Matrix einer staatlichen, kommunalen Schule

Staatliche, kommunale Schulen werden hinsichtlich ihrer Eigenschaften eher schlecht eingeschätzt und haben einen dringenden Korrekturbedarf.



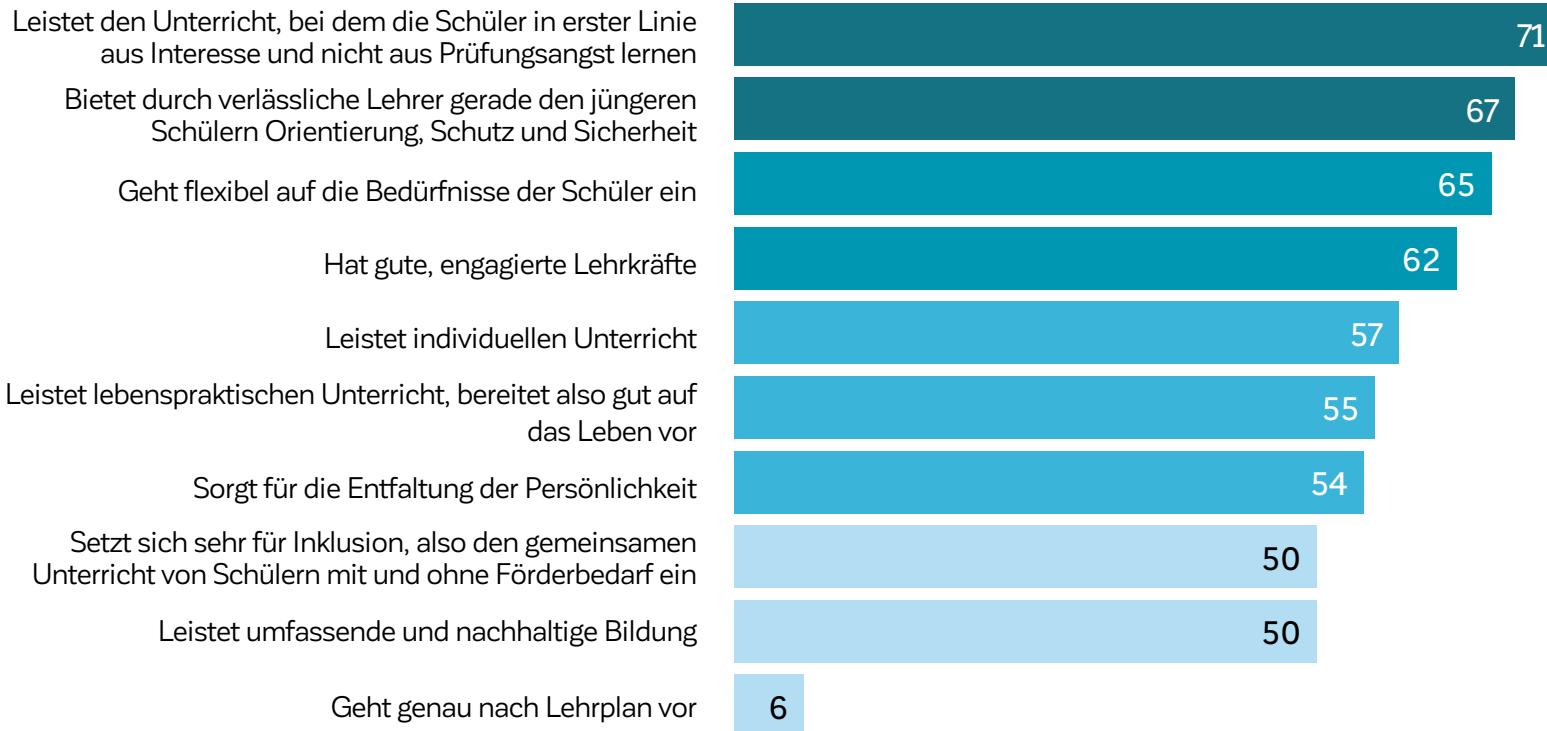
Angaben in Prozent

Frage: Jetzt geht es darum, ob diese Eigenschaften auf die verschiedenen Schulformen zutreffen. Welche dieser Eigenschaften treffen grundsätzlich auf die **staatlichen, kommunalen Schulen** zu?

Basis: 2.064 Befragte

Charakteristika einer Schule in freier Trägerschaft

Geringe „Prüfungsangst“, „Schutz & Sicherheit für jüngere Schüler“ und „flexibles Eingehen auf die Bedürfnisse der Schüler“ charakterisieren eine nicht staatliche Schule.



Angaben in Prozent

Frage: Und welche grundsätzlich auf Schulen in freier Trägerschaft, also nicht staatliche Schulen?

Basis: 2.064 Befragte

Handlungs-Relevanz-Matrix einer nicht staatlichen Schule

Schulen in freier Trägerschaft werden bezüglich fast aller Eigenschaften sehr positiv eingeschätzt. Krass abfallend: „Geht genau nach Lehrplan vor“.



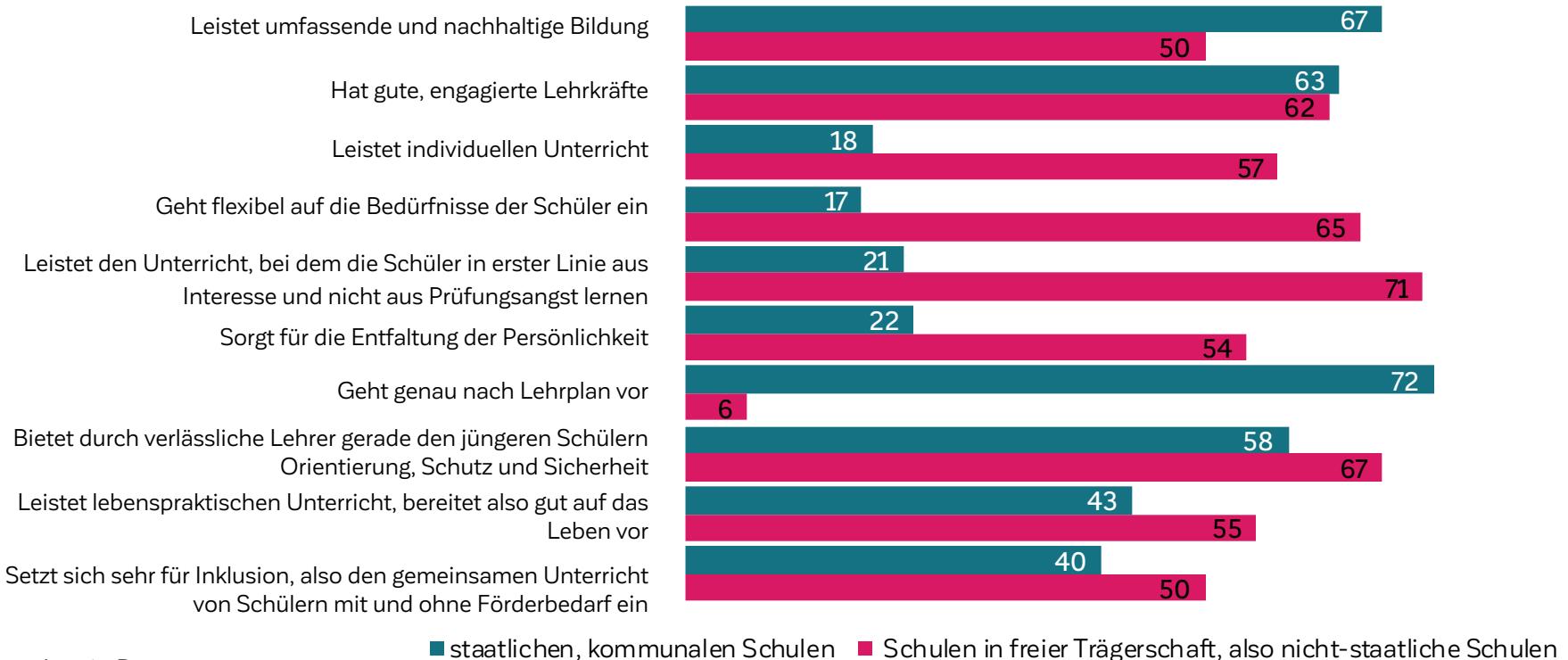
Angaben in Prozent

Frage: Und welche grundsätzlich auf Schulen in freier Trägerschaft, also nicht staatliche Schulen?

Basis: 2.064 Befragte

Staatliche Schulen und Schulen in freier Trägerschaft im Vergleich

Gravierende Unterschiede existieren zwischen den unterschiedlichen Schulformen bei Eigenschaften, die mit Individualität und Flexibilität zu tun haben. Vor allem bei „Geht genau nach Lehrplan vor“.



Angaben in Prozent

■ staatlichen, kommunalen Schulen ■ Schulen in freier Trägerschaft, also nicht-staatliche Schulen

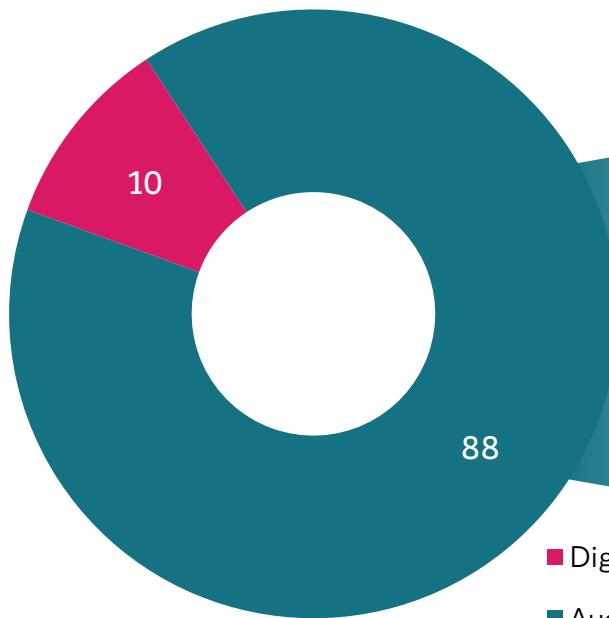
Frage: Jetzt geht es darum, ob diese Eigenschaften auf die verschiedenen Schulformen zutreffen. Welche dieser Eigenschaften treffen grundsätzlich auf die staatlichen, kommunalen Schulen zu? Und welche grundsätzlich auf Schulen in freier Trägerschaft, also nicht staatliche Schulen?

Basis: 2.064 Befragte

Kreativitätsförderung an Schulen

Knapp 9 von 10 Eltern befürworten neben Finanzmitteln zur Digitalisierung auch eine bessere Finanzierung zur Kreativitätsförderung der Schüler.

Ergebnis unter allen Eltern



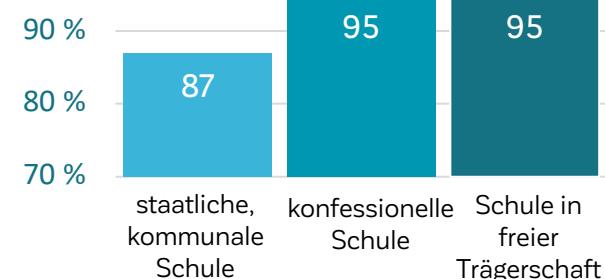
Angaben in Prozent

Frage: Die Bundesregierung hat ja beschlossen, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben. Reicht das aus, oder sollten gleichzeitig auch Mittel bereitgestellt werden, um die grundsätzliche Kreativität der Schüler zu fördern?

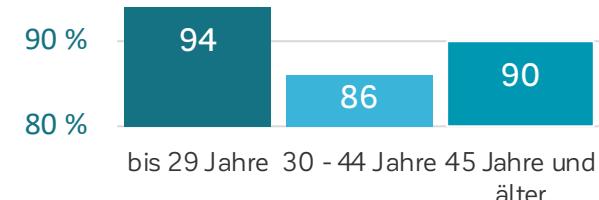
Basis: 2.064 Befragte

Wenn Antwort „auch Mittel zur Förderung der Kreativität“:

Schule des jüngsten schulpflichtigen Kindes

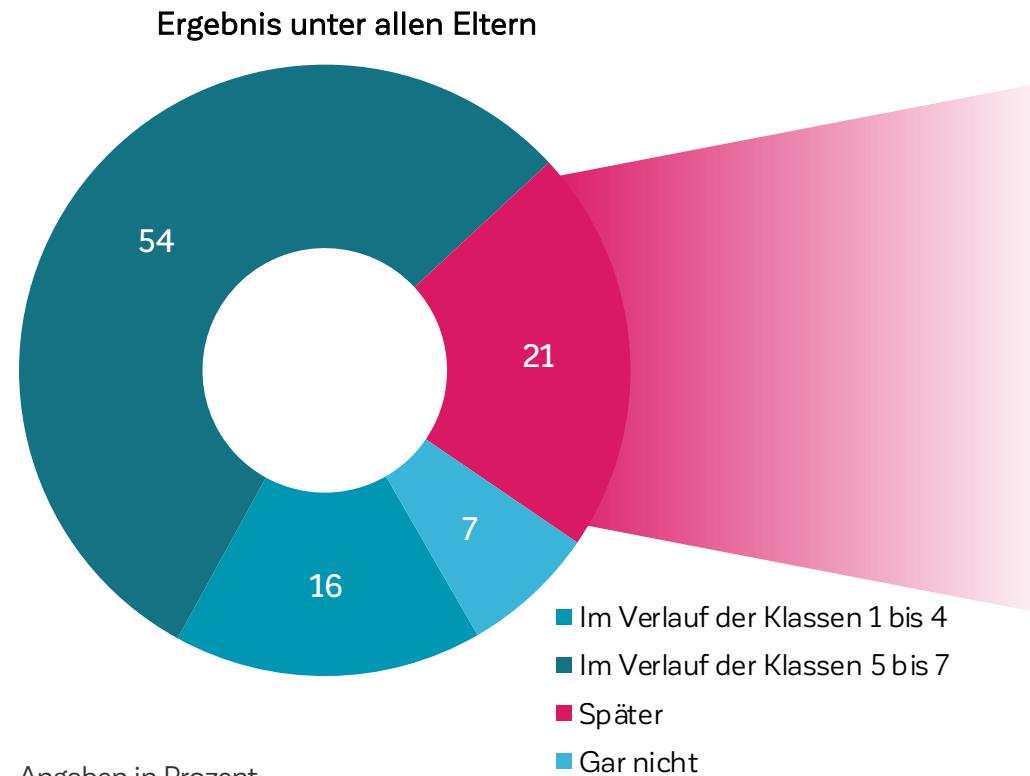


Wenn Antwort „auch Mittel zur Förderung der Kreativität“:
Alter der Eltern



Digitalisierung an Schulen

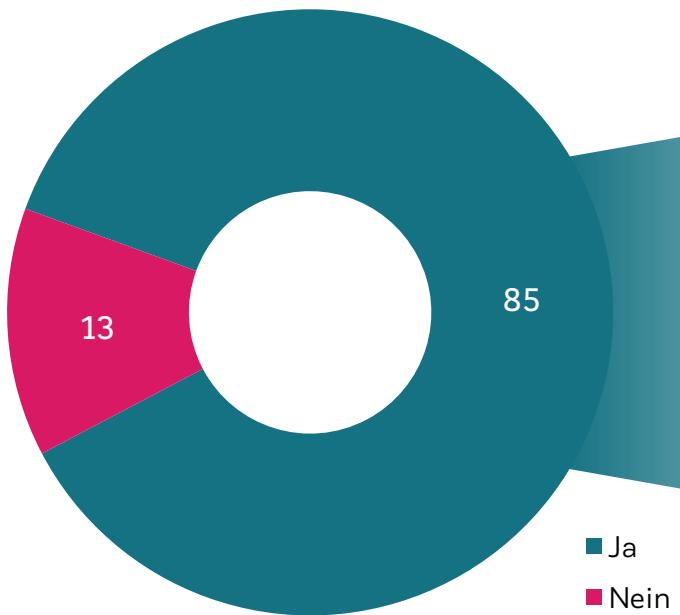
8 von 10 Eltern befürworten eine tablet- und computerfreie Grundschulzeit.



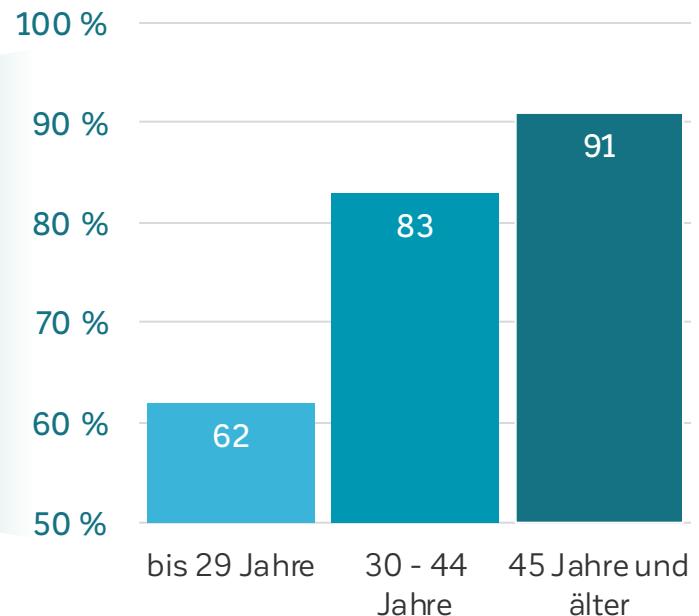
Handyverbot an deutschen Schulen?

Für ein Handyverbot spricht sich eine klare Mehrheit der Eltern aus. Je älter die Befragten, desto stärker unterstützen sie ein Handyverbot.

Ergebnis unter allen Eltern



Wenn Antwort „ja“:
Alter der Eltern



Angaben in Prozent

Frage: An Frankreichs Schulen ist ein allgemeines Handyverbot für unter 16-jährige Schüler eingeführt worden. Sollte so ein Handyverbot auch in Deutschland eingeführt werden?

Basis: 2.064 Befragte



Eltern für fairen Schulwettbewerb
Kernaussagen der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“

Prof. Dr. Heiner Barz

*Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Abteilung für Bildungsforschung und
Bildungsmanagement*

Die Studie bestätigt den hohen Stellenwert, den das Streben nach einer guten Schulbildung heute fast durchgängig in allen gesellschaftlichen Gruppen hat. Selbst Eltern, die einen niedrigen Schulabschluss besitzen, halten eine gute Schulbildung mit 92 Prozent für „sehr wichtig.“ Bei den Eltern mit einem hohen Bildungsabschluss sind es sogar 96 Prozent. Dass eine zeitgemäße Konzeption des Rechts auf Bildung auch kulturelle und musiche Bildung mit einschließen sollte, ist dabei für die allermeisten Eltern selbstverständlich: 91 Prozent bejahen die entsprechende Aussage. Generell sehen die befragten Eltern mehrheitlich die wichtige Rolle, die künstlerischen, musichen und handwerklichen Übungen für Bildungsprozesse zukommt: 90 Prozent bejahen die Formulierung „Der Schulunterricht muss dafür sorgen, dass die Kinder auch praktische, künstlerische und musiche Kenntnisse und Erfahrungen erwerben können.“ Auch schon in der Lehrerbildung sollten künstlerische Übungen eine wichtige Rolle spielen: 81 Prozent der Eltern befürworten die Aussage „Lehrer müssen neben ihrer fachlichen Ausbildung auch in kreativen und praktischen Inhalten ausgebildet werden.“

Das pädagogische Programm der Inklusion hat inzwischen offenbar eine breite Mehrheit der Eltern hinter sich: „Die Basis für die Inklusion [...] muss an den Schulen durch mehr Geld, mehr Lehrer und Sozialpädagogen sowie bauliche Voraussetzungen verbessert werden“ – dieser Forderung stimmen 85 Prozent aller Befragten zu. Bei den unter 29-Jährigen sind es sogar 90 Prozent, bei den über 45-Jährigen noch 82 Prozent. Man kann daraus schließen, dass das Thema künftig noch wichtiger werden wird.

Ein interessantes Ergebnis der Datenanalyse kann darin gesehen werden, dass das Antwortverhalten von Eltern mit bzw. ohne Migrationshintergrund sich bei den meisten Fragen nicht systematisch unterscheidet. Nur bei wenigen Aspekten finden sich geringfügige Unterschiede – so messen Eltern mit Migrationshintergrund den kreativen und künstlerischen Dimensionen im Unterricht oder in der Lehrerbildung etwas weniger Bedeutung bei. Umgekehrt stehen sie Prüfungen und Leistungsnachweisen als Gegenpol zur Persönlichkeitsentwicklung minimal weniger kritisch gegenüber als die Eltern ohne Migrationshintergrund. Insgesamt deuten die geringen Unterschiede hinsichtlich der in der Studie angesprochenen pädagogischen Präferenzen aber deutlich in Richtung der These, dass sich ein größerer Teil der Migranten in Deutschland relativ unauffällig in das gesellschaftliche Leben integriert hat.



Das brisanteste Ergebnis der Elternstudie 2019 dürfte im großen Vertrauenvorschuss liegen, den Schulen in freier Trägerschaft bei deutschen Eltern genießen. Unter der Voraussetzung, dass Finanzierung und Entfernung identisch wären, favorisieren Eltern in ihrer Mehrheit eindeutig nicht-staatliche Schulen in freier Trägerschaft. Auf die Frage „Mal angenommen, Schulkosten und Schulentfernung wären gleich. Auf welche Schule würden Sie dann Ihr Kind schicken?“ präferieren 48 Prozent der Eltern, deren jüngstes Kind auf eine staatliche Schule geht, eine Schule in freier Trägerschaft. 45 Prozent der Eltern würden ihr Kind unter den angenommenen gleichen Rahmenbedingungen für staatliche und nicht-staatliche Schulen weiterhin auf der staatlichen Schule belassen. Fazit: Eine Mehrheit von 48 Prozent zu 45 Prozent (die restlichen 7% wollten sich hier nicht entscheiden) würde den staatlichen Schulangeboten den Rücken kehren, wenn es echte Chancengleichheit zwischen staatlichen und freien Schulen geben würde. Eltern mit Migrationshintergrund sind hier übrigens im Vergleich mit denen ohne Migrationshintergrund etwas zurückhaltender in ihrer Präferenz für freie Schulen (36% vs. 50%).

Das problematische Image, das staatlichen Schulen in den Augen vieler Eltern zukommt, lässt sich aus weiteren Ergebnissen der Elternstudie 2019 in seiner Genese erklären. Anhand eines Sets von 10 Qualitätsaspekten sollten die Eltern entscheiden, welche sie aus ihrer Sicht „wichtig“ oder „unwichtig“ für eine „gute Schule“ ansehen. Während für fast alle Aspekte (u.a. „Hat gute, engagierte Lehrkräfte“: 99%; „Sorgt für die Entfaltung der Persönlichkeit“: 93%; „Leistet individuellen Unterricht“: 91% etc.) eine sehr deutliche Zustimmung mit Werten weit über 80 Prozent ermittelt wurde, findet sich eine Zielvorgabe weit abgeschlagen am unteren Ende: „Geht genau nach Lehrplan vor“ wird von gerade einmal 21 Prozent der befragten Eltern als wichtiges Qualitätsmerkmal einer guten Schule eingeschätzt. Genau dieses Merkmal aber ist es, das aus der Sicht der Eltern eine staatliche Schule am besten kennzeichnet! „Geht genau nach Lehrplan vor“ wird von den meisten (nämlich 72%) der Befragten als zentrales Merkmal staatlicher Schulen angegeben. Demgegenüber sehen die Eltern in anderen Qualitätsmerkmalen wie etwa „Geht flexibel auf die Bedürfnisse der Schüler ein“ (17% Zustimmung) oder „Leistet individuellen Unterricht“ (18% Zustimmung) deutlich seltener eine passende Beschreibung staatlicher Schulen. Während nur 21 Prozent in der Aussage „Leistet den Unterricht, bei dem die Schüler in erster Linie aus Interesse und nicht aus Prüfungsangst lernen“ eine zutreffende Beschreibung staatlicher Schulen sehen, steht dieser Aspekt aus Elternsicht bei der Charakterisierung der Schulen in freier Trägerschaft mit 71 Prozent an der Spitze. Das für staatliche Schulen am häufigsten genannte Merkmal („... genau nach Lehrplan ...“) ist aus Elternsicht als Charakteristikum von Schulen in freier Trägerschaft fast irrelevant (nur 6% Zustimmung).

Schulrechtsexperten und Bildungsökonomen kritisieren seit langem die Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft, weil der Staat ihnen deutlich weniger Geld pro Schüler zur Verfügung stellt, als er für die Schüler an den staatlichen Schulen ausgibt. Das Votum von Deutschlands Eltern schulpflichtiger Kinder geht in dieser Frage eindeutig in Richtung auf eine Stärkung der Finanzhilfe für freie Schulen: 84 Prozent der befragten Eltern befürworten die



Forderung, dass Eltern und Kinder das Recht haben sollten, „sich für die Schule ihrer Wahl ohne Zusatzkosten entscheiden zu können.“ In eine ähnliche Richtung deutet, dass 71 Prozent der Befragten die Auffassung vertreten, dass der Staat hinsichtlich der Finanzierung staatlicher und freier Schulen keinen Unterschied machen sollte. Man kann dies als ein deutliches Votum für eine faire Gleichstellung der freien und der staatlichen Schulen hinsichtlich ihrer Finanzierung aus Steuermitteln verbuchen – mindestens aber als verbindlichen Auftrag an die Kultus- und Finanzminister der Länder, die Deckungslücke zwischen staatlichen Finanzhilfen und realen Schulkosten nicht weiter zu vergrößern.

Eines der großen bildungspolitischen Themen der letzten Jahre ist der sogenannte DigitalPakt Schule und die mit ihm verbundenen Herausforderungen für die Pädagogik. Auch zu diesem Themenfeld wurden den Teilnehmern der Elternstudie 2019 Fragen gestellt. Die Ergebnisse bremsen die Digitalisierungseuphorie, insofern aus der Sicht der Eltern der Computer alles andere als ein Allheilmittel für empfundene Defizite des Bildungssystems ist. Zunächst sehen die Eltern in ihrer überwiegenden Mehrheit die Verwendung von Computern frühestens ab Klassenstufe 5, also in den weiterführenden Schulen als sinnvoll an: 54 Prozent aller Befragten vertreten die Ansicht, dass Computer frühestens in den Klassen 5 bis 7 in den Unterricht gehören und weitere 21 Prozent entscheiden sich für die Antwort-Vorgabe „später“, 7 Prozent votieren sogar für die Option „gar nicht“. Insgesamt plädieren also 82 Prozent der deutschen Eltern nach diesen Daten dafür, dass mindestens der Grundschulunterricht PC-frei ablaufen soll.

Es gibt eine Reihe von Kritikern, die den Digital-Pakt Schule nicht deshalb kritisieren, weil seine Umsetzung so lange auf sich warten ließ bzw. lässt. Sie sehen vielmehr einen Konstruktionsfehler dieses an sich wünschenswerten Geldsegens für die Bildungseinrichtungen darin, dass den Schulen keine eigene Entscheidungskompetenz zugestanden wird. Sie haben nur die Wahl: Geld für Digitalisierung – oder überhaupt kein Geld. Ihnen wird nicht das Recht zugestanden, eigene Prioritäten zu setzen. Egal, ob es durchs Dach regnet, ob die Toiletten angeschimmelt sind, der Sportplatz erneuert oder das Biologie-Labor dringend neu ausgestattet werden müsste – dafür darf kein Cent der 5 Mrd. Euro verwendet werden. Ein Klassensatz Tablet- Computer kann angeschafft werden – ein Klassensatz Trommeln oder andere Instrumente, die aus Sicht mancher Lehrer und mancher Schulleitung vielleicht sinnvoller wären und besser ins pädagogische Konzept vor Ort passen würden, sind nicht möglich. Ein IT-Trainer darf bezahlt werden – ein Tanzpädagoge oder ein Basketball-Trainer für den Ganztagsbetrieb nicht. Die Mehrheit der deutschen Eltern ist mit dieser Einengung der Bildungsfinanzierung nicht einverstanden: Dass neben den Investitionsmitteln für Digitalisierung gleichzeitig auch Mittel bereitgestellt werden sollten, „um die grundsätzliche Kreativität der Schüler zu fördern“ haben 88 Prozent aller Eltern bejaht. Unter den Eltern, deren jüngstes Kind auf eine konfessionelle oder freie Schule geht, stimmen dieser Forderung sogar 95 Prozent zu. Dieses Votum zeigt, dass die Digitalisierungskritiker nicht nur weltfremde Maschinenstürmer sind, sondern, dass sie durchaus einer verbreiteten Überzeugung Ausdruck verleihen, die im allgemeinen Lamento über



Deutschland Digital-Rückstand und in der allgemeinen Erwartung einer digitalen Bildungsrevolution im öffentlichen Diskurs nur wenig vorkommt.

Man kann in der von den Eltern artikulierten Digitalisierungs-Skepsis einen weiteren Anhaltspunkt dafür sehen, dass ein vielfältig ausdifferenziertes pädagogisches Angebot mit ganz unterschiedlichen Schulprofilen Gegenstand eines zeitgemäßen Bildungssystems sein müsste. Man kann aber auch festhalten, dass die Forderung mancher IT-Lobbyisten und Digital-Evangelisten nach möglichst frühzeitigem, möglichst flächendeckendem Software-Einsatz an den Schulen nicht unbedingt mit den Erwartungen der großen Mehrheit der Eltern übereinstimmt.

Den stärksten Ausdruck finden die Vorbehalte der Eltern gegenüber den vermeintlichen pädagogischen Segnungen des Digitalzeitalters im eindeutigen Votum für ein Handyverbot an deutschen Schulen. Mit Bezug auf das in Frankreich eingeführte Handyverbot an Schulen für unter 16-Jährige Schüler wurden die Eltern gefragt: „Sollte so ein Handyverbot auch in Deutschland eingeführt werden?“ 85 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus. Nun werden in Deutschland Gesetze nicht qua Referendum gemacht oder verabschiedet – sondern, soweit sie Schule und Unterricht betreffen, von den Regierungen und den parlamentarischen Vertretungen in den Ländern und Stadtstaaten. Deutlich wurde immerhin: Ein Handy-Verbot würde bei einer stattlichen Mehrheit deutscher Eltern auf Sympathie stoßen. Ob und wie es dann umgesetzt bzw. überwacht und sanktioniert werden könnte, ist im Zeitalter von Zweit- und Dritt-Handys freilich noch einmal eine ganz andere Frage.



Mehr Geld. Mehr Vielfalt. Mehr Kreativität – So wünschen sich Eltern die Bildung ihrer Kinder

Klaus-Peter Schöppner
Mentefactum GmbH

Zwar haben Klima und Umwelt die Bildungspolitik an die zweite Stelle der derzeit wichtigsten politischen Probleme verwiesen, dennoch ist kein Thema so lange so stabil in den Alltagsgesprächen deutscher Eltern verankert. Kein Wunder: Fast jeder hat seine Erfahrungen, kann mitreden, und hat, trotz ständig wachsender Bildungsausgaben, seine zumeist kritischen Anmerkungen.

Grund genug, sich im Rahmen der Mentefactum-Befragung: „**Bildung und Schule: Elternstudie 2019**“ für den Bund der Freien Waldorfschulen auch mit den grundsätzlichen Einstellungen der Eltern schulpflichtiger Kinder zu befassen. 2.064 Eltern wurden bundesweit repräsentativ um ihre Meinung gebeten – mit teilweise überraschenden Ergebnissen:

Nirgendwo wird derzeit in Deutschland einstimmiger geurteilt als bei der Bedeutung einer guten Schulbildung für das spätere Leben: Für 94 Prozent der Eltern ist diese „sehr“, für weitere fünf Prozent „eher wichtig“. Nur in jeder hundertsten Elternfamilie spielt „gute Schulbildung“ offenbar eine nur untergeordnete Rolle. Natürlich fördert ein hoher Bildungsstatus die Wertschätzung. Aber selbst für 92 Prozent der Eltern mit niedriger formaler Bildung ist gute Schulbildung unabdingbar.

An den Detailfragen zur Zuständigkeit, Art des Unterrichts und dem vorrangigen Vermittlungsauftrag der Schule scheiden sich allerdings die Eltern-Vorstellungen. Weniger eindeutig ist beispielsweise die Präferenz, in wessen Primärverantwortung Entscheidungen rund um die Schule, also Lehrinhalte, Schulformen etc. liegen sollen: 62 Prozent plädieren zwar für die Entscheidungshoheit von Staat und Politik, mehr als jeder Dritte (36%) sieht diese Verantwortung jedoch eher bei der Gesellschaft, also bei Eltern und Lehrern. Schulische Selbstbestimmung, das Ziel von Schulen in freier Trägerschaft, kommt den Wunschvorstellungen weiter Elternkreise bereits ziemlich nahe. Diese „Eltern-Lehrer-Trägerschaft“ das Ideal von Waldorfschulen, ist als Wunschvorstellung offenbar weiter verbreitet, als bislang angenommen.

Dieser Wunsch nach stärkerer Verantwortungsübernahme gesellschaftlicher Kreise ist ein wichtiger Grund für die Wahl einer Schule in freier Trägerschaft. Das zeigt sich darin, dass diese Meinung 44 Prozent der Eltern vertreten, deren jüngstes Kind bereits eine Privatschule besucht. Bei Eltern von Kindern in staatlichen Schulen sind es nur 35 Prozent.

Folgen Eltern bei der Frage nach der schulischen Hauptverantwortung noch mehrheitlich dem Status Quo, so gilt das nicht mehr bei der Frage nach der optimalen Unterrichtsform zur



Vorbereitung der eigenen Kinder auf das Leben. Um ihnen also gute Voraussetzungen zur späteren Lebensbewältigung zu geben, wünschen sich fast drei Viertel (72%) einen kreativen, auf die Bedürfnisse der Kinder individuell eingehenden Unterricht, nur 26 Prozent die weit verbreitete Form eines Unterrichts mit Leistungsnachweisen, Tests und Prüfungen. Das Prinzip: „Differenzieren statt selektieren“ findet heute bereits eine Drei-Viertel-Anhängerschaft!

Diese Meinung differenziert ebenfalls kaum nach elterlicher Bildung: Dass 77 Prozent der Eltern mit zumindest Abitur den kreativen Unterricht bevorzugen, überrascht nicht. Wohl aber die 65 Prozent Zustimmung eher bildungsferner Eltern. Die „Erziehung zur Freiheit“, so wie sie von den Waldorfschulen vertreten wird, ist also absolut mehrheitsfähig!

Noch eindeutiger fällt das Elternvotum aus, geht es um den vorrangigen Vermittlungsauftrag von Schule: Vorbereitung auf den Beruf – oder auf das Leben? 83 Prozent erwarten das, was Schule heute eher selten bietet: Eine vielfältige humanistische Bildung, die vor allem auf das Leben vorbereitet. Nur jeder Sechste (16%) sieht die vorrangige Schulaufgabe in der direkten Vorbereitung auf den Beruf! Auch hier wirkt sich das Bildungsgefälle eher marginal aus: 87 Prozent der Abitur-Eltern, aber auch 78 Prozent derjenigen mit maximal Volks- bzw. Hauptschulabschluss befürworten das Waldorf-Ideal der „Pädagogik für die Menschen‘, also die Renaissance des: „Nicht für die Schule, für das Leben lernen wir!“

Um in Zukunft die von einer deutlichen Elternmehrheit gewünschte „Pädagogik für die Menschen“ verwirklichen zu können, benötigen die Bildungsinstanzen Geld. Wegen der dafür notwendigen stärkeren Individualisierung wahrscheinlich mehr als für die jetzige Schulpolitik. Doch hierfür fehlende Finanzmittel bereiten den Eltern große Sorge: Schon jetzt sind Schulen nach Elternmeinung katastrophal unterfinanziert: 9 von 10 Eltern empfinden, dass zu wenig für die Bildung unserer Kinder ausgegeben wird. 7 Prozent sind mit dem Status Quo einverstanden, nur jeder Hundertste will Bildungsmittel kürzen.

So steckt die Waldorf-Pädagogik im 100. Jahr ihres Bestehens in einem Dilemma: Da ist einerseits die ständig wachsende, heute bereits hohe Zustimmung zu ihren Zielen nach individueller Zentrierung gemäß Kernkompetenzen ihrer Schüler. Andererseits ist da die so von den Eltern empfundene dramatische Unterfinanzierung der schulischen Bildungsarbeit.

Im rohstoffarmen Deutschland, in dem „Brain“ zwangsläufig über unsere Zukunft entscheidet, sind nicht nur Eltern und Pädagogen, da ist vor allem der Staat mit seiner ganzen Kraft gefordert!



Warum „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“?

Nele Auschra

Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen

Das Thema Bildung bewegt die Gesellschaft wie selten zuvor, es wird viel und kontrovers diskutiert. Neurologen, Philosophen, Bildungsforscher, Wissenschaftsjournalisten äußern sich, Stimmen aus der Wirtschaft melden sich zu Wort: Was müssen wir unseren Kindern in der Schule beibringen, was soll die Gesellschaft lernen, wie befähigen wir Kinder und Jugendliche für die Anforderungen erkennbarer Zukunftsfragen?

Eine moderne hundertjährige Pädagogik

Die Waldorfschulbewegung feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen. 1919 legte Rudolf Steiner die Grundlagen für die Waldorfpädagogik, die aus unserer Sicht nach wie vor das Zeug dazu hat, eine zeitgemäße Pädagogik zu sein. Warum das? Nehmen wir ein Stichwort heraus. „Jedes Kind ein Könner“ ist ein Leitgedanke der Lehrerschaft an Waldorfschulen. Im Mittelpunkt der pädagogischen Bemühung steht das einzelne Kind, mit all seinen individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten. In der Waldorfpädagogik gilt es, das Kind bei der Ausbildung seiner Lernpersönlichkeit bestmöglich zu unterstützen. Das Ziel ist selbstverständlich auch, die zeitgemäßen Bildungsanforderungen, sprich Schulabschlüsse, zu erfüllen. Noch entscheidender ist jedoch, den Menschen auszubilden, in seiner ihm eigenen Könnerschaft, und die Basis für ein lebenslanges Interesse an der Welt zu legen. Lernbegeisterung statt Leistungsdruck, frei nach Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar, ist eine passende Übersetzung der Gegenwart.

Gerade weil die Waldorfschulen nicht primär den genormten Abschluss vor Augen haben, sich also nicht der seit PISA voranschreitenden Ökonomisierung der Bildung verschreiben, sind sie, wenn man vielen Wissenschaftlern und Ökonomen Glauben schenkt, entscheidende Träger bei der Umsetzung aktueller Bildungserkenntnisse. Die Kinder und Jugendlichen werden in ihrer künstlerischen Kreativität geschult. In zahlreichen Praktika, Theateraufführungen und persönlich gewählten Jahresaufgaben zur Selbstständigkeit befähigt. Während der 12 bzw. 13 gemeinsamen Schuljahre und in meist heterogenen Klassen entwickeln sie soziale Stärke. Damit sind sie bestens für die Anforderungen der Zukunft vorbereitet. Unsere Schüler werden so zu den beispielsweise von Hirnforscher Prof. Gerald Hüther geforderten selbstverantwortlichen und kreativen Denkern.



Die Erwartungen der Eltern

Die Erwartungen der Eltern sind in unserem Selbstverständnis dabei ein wichtiger Baustein.

Was genau bewegt die Eltern? Was erhoffen sie sich in der heutigen Zeit von der Schule, die sie für ihre Kinder wählen? Was möchten sie ihren Kindern ermöglichen? An welchen Indikatoren machen sie eine erfolgreiche Schulzeit ihrer Kinder fest?

An unseren Schulen erleben wir eine Vermischung unterschiedlichster Ansprüche. Es wird nach einem alternativen Schulsystem gesucht, aber die gesellschaftlichen Standards sollen erfüllt sein. Von der Eingangsstufe an werden Fragen nach dem Abitur gestellt. Sicher, man hat sich gut überlegt, eine Waldorfschule zu wählen. Die Eltern wünschen sich eine Bildung mit musisch-künstlerisch-handwerklicher Prägung. Aber sie erwarten genauso am Ende einen sehr guten Abschluss – sprich, ein Abiturzeugnis – der das Kind optimal für den weiteren Ausbildungsweg qualifiziert.

Wieviel Wertschätzung bringen also generell Eltern mit schulpflichtigen Kindern anderen, nicht in Noten messbaren Qualitäten einer Schulausbildung entgegen, wenn schon Waldorfeltern sich so früh über den bestmöglichen Schulabschluss Gedanken machen? Ist wirklich der Wunsch von Eltern an Schulausbildung die Befähigung ihrer Kinder, einen bestmöglichen Abschluss, d.h. ein Abitur mit guter Durchschnittsnote zu erzielen? Oder überwiegt der Wunsch, dass die Kinder in ihrer Schulzeit die Bildung hin zu einem kreativen, selbstbewussten, zuversichtlichen und tatkräftigen Menschen erfahren? Dies ist keine Entweder-Oder-Frage. Aber die Frage nach dem Fokus der Eltern; und die Frage nach der dahinterstehenden Vorstellung davon, was den Wert der Bildung in unserer heutigen Gesellschaft ausmacht.

Der Blick auf die Ergebnisse der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“, wie sie im begleitenden Fachbuch unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert und vorgestellt werden, zeigt offensichtlich: Eltern legen zwar selbstverständlich Wert auf ein fundiertes Wissen, das in Prüfungen und Leistungsbewertungen überprüft werden kann. Aber deutlich wichtiger sind ihnen vielfältige, persönlichkeitsbildende Inhalte und der kreative Unterricht an sich.

Einstellungen von Eltern zur Schulpolitik und die „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“

Die Ergebnisse der Elternstudie lassen Zweifel aufkommen, inwieweit die Erwartungen von Eltern an die Schulbildung ihrer Kinder auch nur ansatzweise durch die momentan herrschenden Dogmen der Bildungspolitik erfüllt werden. Überraschend deutlich wird dies auch durch die hohe Wertschätzung, die die befragten Eltern freien, nicht staatlichen Schulen entgegenbringen. Die Studie belegt, dass Eltern eher von diesen sogenannten freien Schulen statt vom staatlichen Schulwesen die Erfüllung ihrer Anforderungen an eine gute Schulbildung erwarten.



Davon motiviert, formuliert der Bund der Freien Waldorfschulen seine schon 2013 verfassten Kernforderungen an die Bildungspolitik erneut, da deren Aktualität ungebrochen ist. Das Recht des Kindes auf umfassende Bildung sowie Freiheit und Vielfalt in der Bildung sind hier beispielhafte Leitgedanken, nicht (ökonomische) Wettbewerbsfähigkeit und Gleichmacherei innerhalb genormter Tests und Prüfungen. Wir sehen unsere Forderungen auf Basis der Elternstudie als berechtigt und durch sie gestützt an und werden damit nun verstärkt an die Öffentlichkeit gehen.

Die nächsten 100 Jahre

Die weltweit über 1.100 Waldorfschulen wollen das Jubiläumsjahr nutzen, neben den Feierlichkeiten vor allem nach vorne zu schauen. Wir sehen uns in Deutschland und in Europa in der Pflicht, unseren Bildungsgedanken und -begriff nach außen zu kommunizieren. Wir möchten verstärkt in den wissenschaftlichen Diskurs treten und uns nachhaltiger vernetzen. Wir werden weiter mit Nachdruck dafür eintreten, dass Ersatzschulen (wie es unter anderen die Freien Waldorfschulen sind) und staatliche Schulen gleichermaßen auskömmlich finanziert werden, um allen Eltern, die dies wünschen, eine freie Schulwahl entsprechend ihren Wünschen zu ermöglichen.

Die Elternstudie 2019 hat uns gezeigt, dass die dem Waldorflehrplan innenwohnenden Bildungsideale und der damit einhergehende Entwicklungsgedanke nach wie vor hoch aktuell sind und unser Eintreten dafür angesichts der tiefgreifenden Umwälzungen in der Gesellschaft notwendig und gleichzeitig gewünscht ist.



7 Kernforderungen an die Bildungspolitik

Henning Kullak-Ublick

Vorstandssprecher Bund der Freien Waldorfschulen

Unsere Schulen stehen vor Herausforderungen wie nie zuvor. Zahlreiche gesellschaftliche, soziale, demografische und technologische Entwicklungen verändern mit zunehmender Geschwindigkeit das Leben der Kinder und Jugendlichen und bedürfen pädagogischer Antworten. Um diesen Herausforderungen entsprechen zu können, brauchen wir Schulen, die allen Schüler*innen offen stehen und deren Lehrer*innen flexibel auf ihre Bedürfnisse eingehen können. Die praktische Umsetzung dieser Herausforderungen erfordert neue Schulformen, die von der Könnerschaft jedes einzelnen Kindes ausgehen und unser auf Selektion ausgerichtetes Schulwesen zugunsten einer Kultur des gemeinsamen und individuellen Lernens hinter sich lassen.

Der Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) legt mit den „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ Wegmarken für ein Schulwesen vor, das die Professionalität von Lehrer*innen bei der Bewältigung dieser Aufgaben ebenso ernst nimmt wie die Mündigkeit der Eltern. In einer aufgeklärten Gesellschaft kann niemand einen Monopolanspruch im Bildungswesen für sich beanspruchen. Vielmehr kommt es auf die Förderung der Zusammenarbeit von Eltern und Lehrer*innen an, ohne die die pädagogischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft nicht zu bewältigen sind. Die „Elternstudie 2019“ belegt eindrücklich, dass die hier formulierten „7 Kernforderungen“ von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen sind.

1. Recht auf umfassende Bildung für jedes Kind

Das Recht auf Bildung markiert ein Menschenrecht, an dem sich alle schulpolitischen Entscheidungen zu orientieren haben.

- Der BdFWS fordert, das Recht auf selektionsfreie Bildung im deutschen Grundgesetz ausdrücklich zu verankern. Der Schulpflicht ist dieser Rechtsanspruch eines jeden Kindes gegenüberzustellen.

Das Recht auf Bildung ist Teil der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen und die Antwort der Zivilgesellschaft auf einen Bildungsbegriff, der die Schüler*innen zu Objekten vorgegebener Ziele macht, statt in ihnen wahrnehmende, fühlende und handelnde Subjekte ihrer sich bildenden Lebenserfahrung in vielfältigen Formen der Weltbegegnung zu erkennen.



2. Freiheit in der Bildung

Wer handelt, übernimmt Verantwortung. Wer pädagogisch handelt, erhält diese Verantwortung von den Eltern, der Gesellschaft und dem Staat übertragen, übernimmt sie aber vor allem gegenüber den Kindern und Jugendlichen, mit denen er oder sie arbeitet. Lebendige Pädagogik entsteht nur, wenn sich die Lehrer*innen als Gestalter und Begleiter eines aktiven Lernprozesses verstehen, nicht als Ausführende extern vorgegebener Standards oder Curricula.

- Der BdFWS fordert deshalb Autonomie aller Schulen in der Gestaltung ihrer Profile und deren Umsetzung, ihrer personellen Ausstattung sowie der Verwendung ihrer Budgets.

3. Chancengleichheit durch freie Schulwahl

Chancengleichheit entsteht durch Chancenvielfalt – alle Familien sollen eine Wahl zwischen unterschiedlichen Schulen für ihre Kinder haben. Diese Wahl muss unabhängig von der Finanzkraft der Eltern getroffen werden können. Die Schulgesetzgebung der Bundesländer fördert ein Zweiklassensystem, indem sie die freien Schulen durch unzureichende Finanz hilfen zur Erhebung von Schulgeld zwingt und dadurch bewusst Hürden für einen ungehinderten Zugang schafft – und dies trotz der Solidargemeinschaften von Eltern und Lehrer*innen, die Kindern aus einkommensschwächeren Familien den Zugang zu ihrer Schule offenhalten zu können. Die innovativen Ideen der freien Schulen werden gerne und oft kopiert, Eltern und Lehrer*innen dieser Schulen werden jedoch für ihr gesellschaftliches Engagement abgestraft.

- Der BdFWS fordert: Die Finanzmittel folgen dem Elternwillen durch die Auszahlung einer Schüler*innenkopfpauschale an die Schule ihrer Wahl. Durch variable Anteile der Pauschalen soll pädagogische Initiative auch in sozial benachteiligten Gebieten ermutigt werden und einen produktiven, weil nicht einkommensabhängigen Wettbewerb beflügeln.

4. Mündigkeit in einer digitalisierten Welt

Die Erkenntnis, dass Mündigkeit weit mehr ist als bloße Funktionskompetenz, gehört zu den fundamentalen Einsichten der Aufklärung. Sie beruht auf der Fähigkeit, das eigene Denken, Fühlen, Wahrnehmen und Handeln in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen. Das gilt nicht weniger für den Umgang mit digitalen Technologien, die diese Fähigkeit bestenfalls unterstützen, nicht aber ersetzen können, ohne damit die Mündigkeit selbst aufzugeben. Der Erwerb einer digitalen Mündigkeit gehört daher zu den fundamentalen pädagogischen Herausforderungen der Gegenwart und bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, welcher die oben aufgeführten Fähigkeiten ebenso berücksichtigt wie die alterstypischen Formen der Weltaneignung in der Kindheit und Jugend. Dazu bedarf es eines stark erweiterten Begriffs der Medienkompetenz, der die ganze Vielfalt medialer Kommunikationsmöglichkeiten umfasst, vom Hören, Schreiben, Lesen, Recherchieren, Quellenforschung bis zu künstlerischen Ausdrucksformen wie dem Zeichnen, Malen, Musizieren und dem Theater. Weiter gehört ein elementares Verständnis der angewandten Technologien, der darin sich ausdrückenden Denkformen und ihrer



gesellschaftlichen Auswirkungen zu einem Mediencurriculum, das seinen Namen verdient. Eine medienübergreifende, erfahrungsgestützte Urteilsfähigkeit ist die Basis der Medienmündigkeit.

- Der BdFWS fordert eine ganzheitliche Medienerziehung, welche eine bewusste, altersbezogene Balance von digitalen Technologien und ihrer Anwendung mit analogen, haptischen, sinnlichen, sozialen und intellektuellen Erfahrungen herstellt. Dazu gehören grundlegende Fortbildungsangebote für Lehrer*innen aller Altersstufen.

5. Inklusion – Eine Schule für alle ist kein Sparmodell

Inklusion ist eine gesellschaftliche Idee, die einen Prozess des Umdenkens, „Umfühlens“ und Umlernens notwendig macht. Sie lässt sich nicht verordnen, aber um sich überhaupt entfalten zu können, braucht sie eine infrastrukturelle Basis, die das auf Selektion aufgebaute Schulwesen vollständig überwindet.

- Der BdFWS fordert zusätzliche Finanzhilfen für die Fortbildung aller Lehrer*innen, für therapeutische Fördermaßnahmen und für nötige bauliche Investitionen.

6. Lehrer*innenbildung radikal erneuern

Lehrer*innenbildung ist weit mehr als die selbstverständlich notwendige fachliche Kompetenz. Lehrer*in-Sein erfordert die Fähigkeit, den Schüler*innen schnell, kreativ, empathisch und situativ ganz unterschiedlich Orientierung zu geben und Mut zu machen. Deshalb müssen werdende Lehrer*innen als wesentlichen Teil ihrer Ausbildung ihre kreativen Möglichkeiten kennen und erweitern lernen, ihre Persönlichkeit und ihre Empathiefähigkeit stärken und grundlegende diagnostische Kenntnisse erwerben. Pädagogik bedarf der wissenschaftlichen Fundierung und Reflexion, im Vollzug ist sie aber eine Kunst, die nur übend erworben werden kann.

- Der BdFWS fordert ein Umdenken in der Lehrer*innenbildung: von der Reduktion auf die Fachlichkeit zu einer Kunst des Lehrens, die Kopf, Herz und Hand gleichermaßen anspricht und entwickelt.

7. Vielfalt fördern – Kulturmonopole abbauen

Dass Monokulturen zur Verarmung führen, Vielfalt hingegen zu einer lebendigen Entwicklung, ist eine Erkenntnis, die für Kultur nicht weniger zutrifft als für die Natur. Trotz dieser offensichtlichen Tatsache wird im deutschen Schulwesen weiterhin einer Standardisierung das Wort geredet, die nicht etwa einen Anspruch auf zusätzliche Förderung aufgrund von definierten Mindeststandards definiert, sondern Regelstandards setzt, die häufig nicht nur im Widerspruch zur pädagogischen Praxis stehen sondern diese regelrecht konterkarieren. Der Anspruch, mit solchen Instrumenten in die fachliche und pädagogische Freiheit der Lehrenden einzugreifen, geht über die selbstverständlich sinnvolle Rechtsaufsicht des Staates weit hinaus und ist ein Relikt aus einem autoritären Staatsverständnis, welches Schule als Erziehungsanstalt für die



Bedürfnisse des Staates – heute auch der Wirtschaft – versteht statt als Ort einer umfassenden Fähigkeitenbildung aller.

- Der BdFWS fordert einen grundlegenden Paradigmenwechsel im hierarchischen Verhältnis von staatlicher Schulaufsicht und einzelner Schule. Dem Verständnis der staatlichen Schule als „Regelschule“ setzt er die Idee eines gestalteten Pluralismus entgegen. „Gestaltet“ heißt hier, dass die staatlichen Organe sich auf die Rechtsaufsicht konzentrieren und die inhaltliche Ausgestaltung des Schullebens – einschließlich der schulübergreifenden Absprachen (Mindeststandards, gemeinsame curriculare Ziele für bestimmte Klassenstufen, Leistungsnachweise etc.) – den Handelnden vor Ort überlassen. Das oft gerühmte Innovationspotenzial der Schulen in freier Trägerschaft geht unmittelbar auf die Praxis und Erfahrung mit dem gestalteten Pluralismus zurück. Von den Erfahrungen der Waldorfschulen in der Selbstorganisation sollten alle Schulen profitieren können.

Mit 88.000 Schüler*innen repräsentieren die Waldorfschulen die Schüler*innenzahl eines der kleineren Bundesländer. Rechnet man die weiteren Schulen in freier oder konfessioneller Trägerschaft hinzu, wird deutlich, dass bereits der Begriff der „Ersatzschule“ historisch überholt ist. Es wird Zeit, Schule nicht mehr über den Träger, sondern über ihr jeweiliges pädagogisches Profil und die daraus resultierende Praxis als Teil eines lebendigen, diskursiven und zukunftsoffenen Systems „Bildung“ zu verstehen. Die hier aufgeführten „7 Kernforderungen“ sind ein Beitrag zu diesem notwendigen Diskurs über Schule in der Zivilgesellschaft.

Kommentar des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV)

Simone Fleischmann, Präsidentin des BLLV

In der vorliegenden Elternstudie sind einige Herausforderungen aufgegriffen worden, vor denen die Schule heute steht. Und solche gibt es viele: Digitalisierung, Globalisierung, religiöse und kulturelle Vielfalt, wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, permanente Beschleunigung usw. Die tägliche Arbeit an den Schulen wird bestimmt durch zunehmende Heterogenität der jungen Menschen, unterschiedliche Erwartungen der Eltern, steigende Ansprüche der Wirtschaft, hoher Leistungs- und Auslesedruck, Inklusion, Verrohung des gesellschaftlichen Klimas, Integration, individuelle Förderung und Ganztagschule. Dabei sind Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich mit Lehrermangel, hoher Arbeitsbelastung sowie ungleicher Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern konfrontiert. Wir sind überzeugt davon, dass die Schule von heute nicht auf die Gesellschaft von morgen vorbereitet. Deshalb müssen wir uns darüber verständigen, was Schule und Bildung der Zukunft eigentlich leisten sollen. Es gibt viele Erwartungen und Ansprüche die an Schule gestellt werden, auch von Seiten der Eltern und der Wirtschaft. Hier braucht es einen Grundkonsens und klar ist auch: Schule kann nicht immer alles on top leisten.

Ein Thema, das in der Studie angesprochen wird, ist die Digitalisierung und deren Auswirkungen auf die Schule. Klar ist: Die Veränderungen im Zuge der Digitalisierung verändern das Leben nahezu aller Menschen. Der Einsatz modernster digitaler Medien in Privatleben und Beruf ist selbstverständlich geworden. Diese Veränderungen stellen auch für die Schulen eine große Herausforderung dar. Denn dadurch verändern sich schulisches Leben und Prozesse und Inhalte des Lernens. Klar ist aber auch: Im Zentrum von Schule und Unterricht stehen die Persönlichkeit der Lehrerinnen und Lehrer, die Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern, das gemeinsame Lernen sowie die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen. Die Digitalisierung und die digitale Bildung haben vor diesem Hintergrund auf zwei Arten Relevanz für die Schulen: Erstens geht es darum, die Kinder und Jugendlichen fit zu machen für die Zukunft und die Teilhabe an einer Gesellschaft, in der digitale Medien zur Normalität geworden sind. Digitale Bildung ist somit ein Kernelement, das alle Kinder benötigen und das für zukünftige Berufs- und Lebenschancen steht. Es geht zweitens darum, dass digitale Medien Hilfsmittel und Werkzeuge für Lehrkräfte sein können, durch die sie die heterogene Schülerschaft individuell und bestmöglich fördern können. Sie sind demnach auch ein Weg zur Umsetzung von mehr Bildungsgerechtigkeit. Digitale Bildung dient in diesem Sinne guter Bildung und hat das Ziel individualisierten Unterricht und erfolgreiches Lernen zu ermöglichen.

Lernen ist ein individueller Prozess, der vom einzelnen Kind abhängt. Die Förderung des individuellen Lernens bedeutet, dass das Kind im Mittelpunkt steht – mit seinem Können, Talent, Schwächen, Defiziten, seinen Interessen und Vorlieben. Die Kinder und Jugendlichen bei diesen Lernprozessen zu unterstützen, ist für viele Lehrerinnen und Lehrer ein wesentlicher Beweggrund, warum sie den Beruf ergreifen. Sie wollen ihre Schülerinnen und Schüler zur Selbstständigkeit führen, um ihnen selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen. Allerdings kann auch der Einsatz moderner didaktischer und pädagogischer Methoden nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingungen dafür in Bayern nicht stimmen. Zwar schreiben Schulbehörden und Regierungen individuelle Förderung in Lehrpläne und Regierungsprogramme. Auch die bayerische Staatsregierung bekennt sich dazu. Doch die Praxis sieht meist anders aus. Selbst bei guter Konzentrationsfähigkeit der Klasse und hoher Klassenführungskompetenz bleibt eine Lehrkraft mit meist mehr als 20 Schülern alleine in ihrem Unterrichtsraum und kann sich trotz gut geeigneter Lernanreize jeweils nur kurze Zeit der individuellen Lernbegleitung widmen.

Unter solchen Bedingungen stoßen auch sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer an Grenzen. Grenzen, die ihnen das Schulsystem auferlegt und die sie dazu zwingen, hinter dem didaktisch und methodisch Möglichen zurückzubleiben. Inwieweit Schüler individuell lernen und gefördert werden, hängt somit vom Idealismus der Lehrkräfte, vom Engagement der Eltern und dem Vorhandensein von Initiativen und Kooperationen der Schulen ab. Damit wird versucht zu kompensieren, was an Personal und Geld

fehlt. Es ist aber eine vordringliche Aufgabe des Staates, hier die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Nur dann sind die Voraussetzungen geschaffen, um Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Zukunftschancen zu eröffnen, entsprechend ihren Begabungen, Möglichkeiten, Bedürfnissen und Interessen. Um individuelle Förderung umsetzen zu können, benötigen die Bildungseinrichtungen also Zeit für die Unterstützung und Förderung der Kinder und Jugendlichen. Nur so können sich die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Lernausgangslagen nachhaltig entfalten und den bestmöglichen Bildungserfolg erzielen.

Wenn wir als Gesellschaft eine Schule wollen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen unsere Schulen dringend einen Aufbruch: Ein neues Lern- und Leistungsverständnis, eine flexible Lehrerbildung, eine Überwindung der starren Fächerstruktur, eine grundlegend neue Ausrichtung der Lehrpläne und eine neue und effiziente Form der Bildungsförderung.

In der Welt von morgen geht es um mehr als den Erwerb von theoretischem Wissen. Unsere Kinder brauchen Offenheit, Kreativität, Eigeninitiative, Selbstdurchsetzung und die Fähigkeit, sich in einer immer komplexeren Welt zu orientieren. Schülerinnen und Schüler werden in der Welt von morgen nur dann bestehen, wenn sie neben kognitiven Kompetenzen auch emotionale Intelligenz, musisch-künstlerische Fähigkeiten, sowie eine demokratische Wertesorientierung erwerben.

Lehrerinnen und Lehrer üben ihren Beruf aus, weil sie junge Menschen in dieser Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und sie individuell fördern wollen. Sie wollen die Bildungsqualität an den Schulen hochhalten, um die Zukunft der jungen Menschen und unserer Gesellschaft optimal zu sichern. Dass wir diesem Anspruch nicht mehr gerecht werden können haben wir heute von Menschen gehört, die täglich im Klassenzimmer stehen und an den Schulen arbeiten. Dieser Tatsache müssen wir uns stellen. Um aber diese komplexen Herausforderungen bewältigen und die vielfältigen Erwartungen an die Schulen erfüllen zu können, brauchen sie vor allem eines: ZEIT. Denn unsere Lehrerinnen und Lehrer wollen die Gesellschaft von morgen nachhaltig gestalten. Sie müssen in die Lage versetzt werden, den Erwartungen und Ansprüchen auch gerecht werden können.

Deshalb brauchen wir jetzt und mehr denn je eine ganzheitliche Sicht auf Bildung, so wie sie Johann Heinrich Pestalozzi mit den Begriffen Herz. Kopf. Hand. beschrieben hat. Diese ganzheitliche Bildung des Kindes und die Entwicklung all seiner Potenziale ist der Kern pädagogischen Denkens und notwendiger denn je. Nur im Zusammenspiel dieser drei Grundlagen des menschlichen Verhaltens gelingt Bildung. Schule von heute aber wird immer noch dominiert vom fachlich-inhaltlichen Lernen. Sie verharrt in einem traditionellen Lern- und Leistungsbegriff, einer falschen Prüfungs- und damit verbundenen Selektionskultur.

Wenn die Gesellschaft eine Schule will, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir einen Aufbruch: Ein neues Lern- und Leistungsverständnis, eine flexible Lehrerbildung, eine Überwindung der starren Fächerstruktur, eine grundlegend neue Ausrichtung der Lehrpläne und eine neue und effiziente Form der Bildungsförderung.

Wir Lehrerinnen und Lehrer wollen diesen Aufbruch. Das kann aber nur mit solchen Lehrerinnen und Lehrern gelingen, die ermutigt und unterstützt werden, Schule nach diesen Ansprüchen zu gestalten.

Unser Menschenbild heißt, den Menschen als Ganzes zu sehen: mit HERZ. KOPF. HAND.

Die „gute Schule“ aus Sicht der Eltern

Der Bund der Freien Waldorfschulen in Deutschland veröffentlicht „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“

Die Schule ist nicht nur ein entscheidender Lern- und Lebensort für Kinder; mit dem Schuleintritt beginnt auch ein neuer Lebensabschnitt für deren Eltern. Dass die Bedeutung der Schule für Eltern und Familien nicht nur im Hinblick auf Lernerfolge ihrer Kinder immens ist, zeigen erste Ergebnisse der „Elternstudie 2019“, die der Bund der Freien Waldorfschulen in Deutschland zu seinem diesjährigen 100. Jubiläum herausgibt.

Die Studie zeigt: Unabhängig von gesellschaftlicher, finanzieller, kultureller – zugeschriebener oder selbstgewählter – Zugehörigkeit halten über 90 Prozent der befragten Eltern eine gute Schulbildung für wichtig und befürworten, dass diese auch kulturelle und musiche Bildung einschließen sollte.

Gedanken über Schulfomren werden in der Studie ebenso beleuchtet wie deren Finanzierungsmodelle. Kritik am baulichen Zustand vieler Schulen und fehlendem Personal wird insbesondere im Zusammenhang mit Fragen zu Inklusions- und Digitalisierungsprozessen deutlich. Anforderungen an eine expandierende Digitalisierungsstrategie werden seitens der befragten Eltern zugunsten von notwendigen baulichen Maßnahmen und vielfältigen ausdifferenzierten pädagogischen Angeboten, die interessengeleitetes Lernen in den Vordergrund stellen, zurückgestellt.

In Zeiten, in denen es immer wichtiger wird, deutlich für den Wert von Vielfalt und gegen Ab- und Ausgrenzung einzustehen, belegen die Ergebnisse, dass die Mehrheit der genannten Sorgen, Einschätzungen und Wünsche zum Thema Schule keine Differenzierung nach Migrationshintergründen oder Familieneinkommen der befragten Eltern zulassen.

Sie lassen aus Sicht des Bundes der Freien Waldorfschulen in Deutschland allerdings einen verbindlichen Auftrag an die Kultus- und Finanzminister der Länder erkennen, die Deckungslücke zwischen staatlichen Finanzhilfen und realen Schulkosten nicht weiter zu vergrößern.

Claudia Linsel
Referentin Jugendsozialarbeit und Schule
Paritätischer Gesamtverband

Kommentar des Bundeselternrates (BER)

Der Bundeselternrat als Dachorganisation der Landeselternvertretungen in Deutschland begrüßt Studien, die die Elternpartizipation hervorheben. Eltern nehmen positiv wahr, was Schule und Schulpersonal bundesweit Tag für Tag leisten. Sie sind ein wichtiger Indikator für eine gelingende Bildungslandschaft. Die Bildungsforschung registriert die Elternmeinung als wichtigen Baustein. Die vorliegenden Umfrageergebnisse bestätigen die Arbeit des Bundeselternrats einmal mehr in seiner wiederkehrenden Forderung für gute Bildung.

Seit nahezu 70 Jahren vereint der Bundeselternrat als größtes bundesweites Netzwerk engagierte Elternvertreter. Die gemeinsame Forderung ist eine gute und chancengerechtere Bildungslandschaft in Deutschland – gemeinsam für beste Bildung.

Schule im 21. Jahrhundert muss sich einer immer vielfältigeren Heterogenität öffnen und annehmen. Der wachsende Anspruch durch Wirtschafts- und Zukunftsfragen erfordert von jedem Schulträger, vor Ort bestmögliche Rahmenbedingungen für eine gute Schule bereitzustellen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn eine deutliche Mehrheit der befragten Eltern in der Elternstudie 2019 der Schulbildung ihres Kindes einen hohen Stellenwert beimisst. Dabei ist dem Bundeselternrat bewusst, dass Eltern diesen Stellenwert völlig unterschiedlich fokussieren. Die Erwartungshaltung der Eltern ist sehr heterogen. Die vorliegende Umfrage bestätigt die Meinung des Bundeselternrats: Der Staat hat den Rahmen und somit die notwendigen Ressourcen für eine gute Schule der Zukunft bereitzustellen und in eben diese zu investieren.

Wie sieht die Schule der Zukunft aus – räumlich, personell und sächlich? „*Die Architektur muss den Lehr- und Lernmethoden des 21. Jahrhunderts gerecht werden, eine anregende Lernumgebung und einen differenzierten Unterricht ermöglichen. ... Ein demokratisches Land benötigt eine demokratische Schule. ...*“ Die Schulen der Gegenwart und Zukunft müssen sich völlig neu aufstellen und positionieren. „*Der bundesweit notwendige Schulbau darf nicht dem Diktat der Kostenminimierung unterliegen. ... Dies gilt für Neu-, An- und Umbauten. Der bundesweite Sanierungsstau muss systematisch und nachhaltig abgebaut werden. Die fortlaufende und zeitgemäße Instandhaltung ist bei Schulbauten fest einzuplanen.*

Schulplanung muss in das räumliche Konzept der Stadt- und Regionalplanung integriert werden, da Schule ein wichtiger Bestandteil der Gesamtumgebung ist. Sie öffnet sich dem Sozialraum und ermöglicht die Begegnung zwischen den Generationen. Schulbau muss flexibel sein, um auch den künftigen Anforderungen gerecht zu werden. „Eine gute Schule ist nie fertig, sie ist immer auf dem Weg.“ (Dr. Otto Seydel) Nach dem Reformpädagogen Loris Malaguzzi hat ein Kind drei Lehrer: die anderen Kinder, die Lehrkräfte und den Raum (Reggio-Pädagogik). Diesen Raum als Drittem Pädagogen ist die notwenige Aufmerksamkeit und ein angemessener Investitionsrahmen für alle Schulen in Deutschland zu schaffen.“ (Auszug aus der Resolution FT 02 2018 Bundeselternrat)

Mit dieser Aufgabe dürfen die Schulträger und Kommunen nicht allein gelassen werden, sondern benötigen die verlässliche Unterstützung von Bund und Ländern.

Laut der Elternstudie 2019 schätzen Eltern die Investitionen des Staats in Bildung fortwährend als zu gering ein. Der Bundeselternrat fordert seit Jahren Bund und Länder auf, das bestehende Kooperationsgebot zu überwinden und gemeinsam in die Bildung und somit in den Zukunftsstandort Deutschland zu investieren.

„*Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. ... Die Menschen und ihre Bildung ist die größte Ressource Deutschlands. Diese Bildung gilt es bedingungslos zu fördern. Unabhängig von den*

Schwierigkeiten, die durch 16 unterschiedliche Schulgesetze entstehen können, stellt der BundesElternRat fest, dass so bundesweite Bildung nicht wie ein wertvolles Investitionsgut behandelt wird. Häufig wird Bildung wie eine lästige Kostenstelle behandelt, die man mit Kosten-Nutzen-Analysen in den Griff bekommen und deren Finanzierung man am liebsten „outsourcen“ möchte. ... In vielen Bundesländern gibt es zwar eine Lern- und Lehrmittelfreiheit, faktisch entstehen den Familien aber immer noch erhebliche Kosten.“ (Auszug aus der Resolution FPT 2016 Bundeselternrat)

Die Schulzeit nimmt in der Biografie unserer Kinder eine herausragende Rolle und vor allem eine lange Zeitperiode ein. Eltern sind – unabhängig von ihrer bildungsbiografischen und sozioökonomischen Herkunft – in den letzten Jahren mehr und mehr von der passiven Seite in die Position der Experten und Partner aufgerückt. Sie richten ein besonderes Augenmerk auf die Bildung ihrer Kinder. Eine gelebte Partizipation an Schule ist – trotz ähnlich gesetzlicher Verankerung in den Bundesländern – aber immer auch abhängig von den Akteuren vor Ort und deren Zielsetzung. Ziel muss es sein, den Bildungs- und Erziehungsauftrag partnerschaftlich zu gestalten und das Schulprogramm gemeinsam zu erarbeiten, zu evaluieren und fortzuschreiben.

Viele Eltern sehen in der Schule und der Vorbereitung auf das Leben eine Weiterentwicklung des Unterrichts, hin zu einer kreativeren und individueller ausgerichteten Unterrichtspraxis. So verwundert uns folgende Ergebnisse der vorliegenden Studie nicht: *90% der befragten Eltern meinen, dass die Kinder in der Schule auch praktische, künstlerische und musiche Kenntnisse und Erfahrungen erwerben sollen. 93% stimmen zu, dass die Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein soll, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern sollte.*

Diese Erkenntnis teilt der Bundeselternrat uneingeschränkt. Der Bundeselternrat fordert seit langem eine Abkehr vom defizit-orientierten Prüfungsblick hin zu einem lebenslangen und lernförderlichen Kompetenzerwerb. Was kann das einzelne Kind? Was hat es schon erreicht und was benötigt es zum weiteren Vorankommen?

Die gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche an die Heranwachsenden und das steigende Anforderungsspektrum aus Wirtschaft, Umwelt, Klimaschutz, Digitalisierung und Inklusion erfordert deutlich kreativere und selbstbewusstere Persönlichkeiten. Junge Menschen dürfen sich nicht allein auf ein abfragbares Prüfungswissen verlassen, sondern müssen sich eigene kreative Lösungen für die globalen Probleme der Zukunft erschließen.

Eine deutliche Mehrheit (76%) der Befragten sieht das ähnlich: Sie stimmen der Aussage zu: „Die Schulbildung sollte vor allem nach den Schülerbedürfnissen, weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden, freier gestaltet werden.“

Schulen müssen ihr eigenes, individuelles Schulprogramm erarbeiten. Die dortigen Akteure schaffen sich kreative Spielräume und erarbeiten sich so gemeinsam ihr individuelles Schulprogramm, das implementiert, evaluiert und stetig weiterentwickelt wird. Die Schule, der Unterricht und das pädagogische Personal muss sich am individuellen Kind orientieren, muss es dort abholen, wo es steht. Das Kind muss sich nicht der Schule, sondern die Schule muss sich der Heterogenität der Kinder anpassen.

Um eine inklusive Schullandschaft zu schaffen, sind die personellen und finanziellen Ressourcen zwingend bereitzustellen. Der Bundeselternrat nahm hierzu bereits 2012 Stellung:

„Jedes Kind hat das Recht, dort zu lernen, wo es lebt. Das Recht, dazugehören, ist nicht mehr umstritten. Bei inklusiver Bildung geht es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. ... Inklusion ist finanziertbar! Den Hinweis auf Finanzierungsprobleme hält der BundesElternRat für ein

vorgeschobenes Argument. Studien deuten darauf hin, dass ein inklusives Schulsystem nach einer Übergangszeit nicht teurer ist, als das derzeitige exklusive. Betrachtet man die Wirkung inklusiver Schulbildung, ergibt sich ein volkswirtschaftlicher Gewinn.

Die Umstellung auf ein inklusives Bildungssystem ist eine Herausforderung, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss. ... Der Einstieg in die inklusive Bildung braucht professionelle Vorbereitung. ... Eine inklusive Schule fühlt sich für alle Kinder und Jugendlichen verantwortlich. Das ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Wo Aussonderung nicht stattfindet, muss nicht nachträglich integriert werden.“ (Auszug aus der Resolution FPT 2012 Bundeselternrat)

Bei der Personaldebatte haben alle Bundesländer versagt. Viel zu spät und langatmig haben die Länder auf den Generationswechsel im Schulpersonal reagiert. Hinzu kam der Mehrbedarf an Personal mit dem Anspruch einer inklusiven Schullandschaft. Auch nach der ersten Dekade der UN-Behindertenkonvention wurde nichts geändert, denn weiterhin werden nur geringe Mittel für den Ausbau der inklusiven Schullandschaft zur Verfügung gestellt. Schulpersonal muss trotz Länderhoheit bundesweit unter Einbeziehung der Hochschulen gemeinsam geplant und ausgebildet werden. Ein weiterer wichtiger Baustein der zukunftsfähigen Schule sind multiprofessionelle Teams mit vielfältigen Kompetenzen, die sich gegenseitig im Team stärken und ergänzen.

Diese Umfrage unterstreicht den Appell des Bundeselternrats nach ausreichendem multiprofessionellem Personal und einer umfassenden und guten Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung in allen Bundesländern. Neben dem benannten (Lern-)Raum als Dritter Pädagoge, ist eben vor allem das Lehrpersonal und das Schulteam ein entscheidendes Qualitätsmerkmal für die gute Schule vor Ort.

Gute Schule und ein individuell erfolgreicher Bildungsweg bedarf von Anfang an einer engen und fortwährenden Dreieckspartizipation zwischen Schule, Elternhaus und Schülern, nicht nur beim Thema Digitale Medien.

Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“
**Stellungnahme des Bundeselternnetzwerks der
Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt)**

Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt)
Markgrafendamm 24 Haus 18
10245 Berlin
Tel.: +49 (0)30 290 0 8686
E-Mail: kontakt@bundeselternnetzwerk.de



Die Notwendigkeit, Eltern im Bildungsprozess ihrer Kinder stärker einzubinden und als Partner*innen von Bildungsinstitutionen auf Augenhöhe zu begegnen, ist in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der politischen, wissenschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Debatten gerückt. Nicht zuletzt hat die Neupositionierung von Elternverbänden, insbesondere von migrantischen Elternselbstinitiativen, zu dieser Entwicklung beigetragen.

Um ihren Forderungen eine gemeinsame Stimme zu verleihen, haben sich zwölf Migrantenverbände zum Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) zusammengeschlossen. Als Sprachrohr der Eltern mit Einwanderungsgeschichte auf Bundesebene, zielt das bbt darauf ab, Diskriminierung, Rassismus und Benachteiligung im Bildungssystem auf die Agenda zu setzen. Eine gerechte Bildungspolitik schließt aus unserer Sicht Chancengerechtigkeit, Abbau von Barrieren der Elternbeteiligung, Förderung der Mehrsprachigkeit sowie einen vorurteilsbewussten Umgang mit Diversität mit ein.

Ihre Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten zu erziehen und ihnen zu einem erfolgreichen Bildungsweg zu verhelfen – dieses Ziel verfolgen die allermeisten Eltern in Deutschland, und zwar unabhängig davon, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte. Sie alle haben hohe Bildungsaspirationen für ihre Kinder und legen einen hohen Wert auf eine gute schulische Bildung. Dies bestätigt auch die aktuelle Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“, die explizit nach den Erwartungen der Eltern an die Schule fragt. Mit dieser Studie wurden Grundvorstellungen von Eltern und daher wichtige Aspekte der Interaktion zwischen Bildung, Schule und Eltern beleuchtet, die über die aktuelle Bestandsaufnahme hinaus, wertvolle Hinweise auf die Teilhabe von Eltern in der Schule in der Einwanderungsgesellschaft von heute und morgen geben.

Den Autor*innen der Studie ist es gelungen, die kulturelle Vielfalt der Elternschaft in Deutschland bei der Befragung zu berücksichtigen. So gaben rund 29 Prozent der befragten Eltern

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Das Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) ko-finanziert





an, dass entweder sie selbst oder mindestens ein Elternteil von ihnen außerhalb Deutschlands geboren wurde, was ungefähr den aktuellen statistischen Erhebungen entspricht. Demnach haben rund 35 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland unter 20 Jahren einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2018, "Ergebnisse des Mikrozensus 2017", S. 34).

Die Studienergebnisse zeigen, dass sich Eltern mit und ohne Einwanderungsgeschichte kaum in Bezug auf pädagogische Präferenzen sowie auf ihre Forderungen an den Staat unterscheiden. Dies ist vor allen ein Indiz dafür, was Eltern über alle sozialen, gesellschaftlichen und geographischen Grenzen hinaus verbindet. Laut der Studie wünscht sich die absolute Mehrheit der befragten Eltern einen individuellen, auf Bedürfnisse der Schüler*innen ausgerichteten Unterricht. Nur so kann das Bildungspotenzial von jungen Menschen entfaltet und gefördert werden und der Vielfalt unserer Gesellschaft Rechnung getragen werden. Außerdem sehen die Eltern den Staat in der Verantwortung, mehr Geld in Bildung zu investieren, um die Voraussetzungen für die Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler erfüllen zu können. Dieses schließt selbstverständlich Kinder und Eltern mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus mit ein.

Insgesamt verdeutlicht die Studie, dass Eltern wichtige Partner*innen im Bildungsbereich sind, die sich aktiv einbringen und mitbestimmen wollen. In diesem Zusammenhang bestätigt die Studie, dass „die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus eine wichtige Voraussetzung für den Bildungserfolg ist und sich in diesem Sinne auch die Begrifflichkeiten allmählich ändern (“Elternarbeit wird Bildungspartnerschaft”). Hierfür müssen in der Zukunft die Rahmenbedingungen geändert bzw. weiterentwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund sieht sich das Bundeselternetzwerk in seinen Kernforderungen an die Politik bestärkt, die darin bestehen:

1. *Selbsthilfe in der Zusammenarbeit mit Eltern stärken:* Eltern benötigen starke Partner, um sich wirkungsvoll für ihre Kinder in Erziehungs- und Bildungsfragen einzusetzen und ihre Bildungsverläufe kompetent zu begleiten. Migrantenorganisationen müssen hierfür stärker in ihrer Brückenfunktion zwischen Eltern und Kita bzw. Schule anerkannt und unterstützt werden.
2. *Abbau von Rassismus und Diskriminierung im Bildungssystem:* Strukturelle Diskriminierungsmechanismen im Bildungssystem müssen abgebaut und Kinder dürfen nicht länger wegen ihrer sozialen Herkunft und anderen zugeschriebenen Merkmalen benachteiligt werden. Die Anerkennung von Vielfalt sollte dabei sowohl in der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte und Lehrenden als auch in der praktischen Arbeit zur Regel werden.



3. *Mehrsprachigkeit als Potenzial*: Die Potenziale der Mehrsprachigkeit sollten durch die Förderung der Herkunftssprache stärker genutzt und unterstützt werden. Die Herkunftssprachen sollten strukturell in das Bildungssystem eingebunden und Fördermöglichkeiten von Beginn an für alle Kinder geschaffen werden.

4. *Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe von Neuzugewanderten*: Die Aufnahme der Kinder und Jugendlichen aus geflüchteten Familien in das Bildungs- und Ausbildungssystem muss möglichst schnell und umfassend erfolgen. Dazu sollte die bestehende Eingliederungs- und Bildungsarbeit von Migrantenorganisationen und Elternvereinen in den Kommunen stärker gefördert werden.

In "Stradbrokes Traumzeit" erzählt Oodgeroo Noonuccal, wie eine Frau von Ort zu Ort der Vergessenheit geht, um Bruchteile aus verlorenen Existzenzen zu sammeln. „Die Zeit“ versteht sie zwar nicht, aber ihre unbeirrte, zielstrebige, anhaltende Aktion ist von großer Bedeutung für die Zukunft. Das Bild, dass die Elternstudie entstehen lässt, liest sich wie eine Utopie. Alle Schulen unabhängig von der Trägerschaft haben nach den Vorstellungen der befragten Eltern die Aufgabe, die Entwicklung der Kinder zu „selbstbewussten Persönlichkeiten“ zu fördern. Kinder sollen „aus eigenem Interesse“ zur Schule gehen. Die Forderungen nach einer umfassenden Bildung, mehr Raumgestaltung im Unterricht, neue Wege für Vielfalt, Inklusion und Kreativität bieten umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten für die Teilhabe von Eltern mit und ohne Einwanderungsgeschichte in den vier vorgenannten Handlungsfeldern. Mögen viele Erkenntnisse aus der Studie die Grundlage für bahnbrechende Maßnahmen, zahlreiche Initiativen und möglicherweise weitere Analysen bilden. Mögen alle Akteur*innen den Mut dazu haben. Und mögen zahlreiche engagierte Lehrkräfte und Eltern Hand in Hand daran wirken und sich der Früchte ihrer gemeinsamen zielstrebigen, anhaltenden Aktion erfreuen!

Marianne Ballé Moudoumbou
Vorstandssprecherin

Dr. Mehmet Alpbek
Vorstandssprecher

Weitere Informationen finden sich unter

www.bundeselternnetzwerk.de



Prof. Dr. Heiner Barz

Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf



Heiner Barz, geboren 1957, ist seit 2001 Universitätsprofessor für Erziehungswissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und leitet dort die Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement.

Erziehungswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte:

- Reformpädagogische Schulen (Waldorf, Montessori)
- Evaluationsforschungsprojekte im Kontext kultureller Bildung
- Bildungsfinanzierung und Bildungscontrolling

Wissenschaftliche Laufbahn

1990-1992	Projektleiter der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierten Studie „Jugend und Religion“
1992	Promotion mit einer Arbeit zur Rekonstruktion der epistemologischen Grundlagen der Waldorfpädagogik und deren alltagspraktischer Relevanz bei Micha Brumlik an der Universität Heidelberg
1999	Habilitation über „Soziale Milieus und Weiterbildung“ in Freiburg
2001	Ruf an die Heinrich-Heine-Universität als Universitätsprofessor für Bildungsforschung und Bildungsmanagement
seit 2009	Kolumne „Professoren-Leben“ für die Hochschulseite der Rheinischen Post
seit 2010	IIK-Abendakademie: „Bildung und Migration“ (2011), „Gehört der Islam zu Deutschland?“ (2012), „Ausländische Fachkräfte“ (2013/14) „Flüchtlinge willkommen – und dann?“ (2015/16) „Back in the USSR?“ (2016/17)

Mitgliedschaften

2009-2018	Vorstandsvorsitzender des Instituts für Internationale Kommunikation e.V. (IIK), Düsseldorf und Berlin
seit 2011	Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Sinus-Instituts



Ausgewählte Fach- und Buchveröffentlichungen

- Barz, Heiner (Hrsg.): Handbuch Bildungsreform und Reformpädagogik. 2018
- Barz, Heiner: Bildungsforschung mit den Sinus-Milieus. In: Barth Bertram/Flaig, Berthold Bodo/Schäuble, Norbert/Tautscher Manfred (Hrsg.): Praxis der Sinus-Milieus. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells. Wiesbaden: VS Verlag, 155-169. 2018
- Barz, Heiner/Spenlen, Klaus (Hrsg.): Islam und Bildung: Auf dem Weg zur Selbstverständlichkeit. Mit einem Vorwort von Cem Özdemir. Wiesbaden: Springer VS. 2018
- Barz, Heiner: Reformpädagogik. Innovative Impulse und kritische Aspekte. Weinheim: Beltz. 2018
- Barz, Heiner: Montessori & Co. Eine kurze Geschichte der Reformpädagogik. In: Felixberger, Peter/Nassehi, Armin u.a.: Kursbuch 301 Gramm Bildung. Hamburg: Kursbuch Kulturstiftung gGmbH, 65-85. 2018
- Barz, Heiner/BARTH, Katrin/Cerci-Thoms, Meral/Dereköy, Zeynep/Först, Mareike/Le, Thi Thao/Mitchnik, Igor: Große Vielfalt, weniger Chancen. [Bildung, Milieu, Migration] 2015
- Barz, Heiner/Jung, Matthias (Hrsg.): Ausländische Fachkräfte gesucht. Voreilig? Notwendig? Willkommen? 2015
- Barz, Heiner/Liebenwein, Sylva/Randoll, Dirk: Bildungserfahrungen an Montessorischulen. 2013 – Dies.: Bildungserfahrungen an Waldorfschulen. 2013
- Barz, Heiner/Liebenwein, Silvia /Randoll, Dirk: Bildungserfahrungen an Waldorfschulen: Empirische Studie zu Schulqualität und Lernerfahrungen. Wiesbaden: Springer. 2012
- Kessel, Martina/Müller, Bertram/Kosubek, Tanja/Barz, Heiner (Hrsg.): Aufwachsen mit Tanz. 2011
- Barz, Heiner (Hrsg.): Handbuch Bildungsfazierung. Wiesbaden: VS Verlag. 2010
- Barz, Heiner/Tippelt, Rudolf: Weiterbildung und Soziale Milieus in Deutschland. 3 Bände 2004ff.



Klaus-Peter Schöppner

Mentefactum GmbH



Klaus-Peter Schöppner, geboren 1949, hat als Geschäftsführer von TNS Emnid (1990–2014) etwa 1.000 Studien für verschiedene politische Parteien, Wirtschaftsunternehmen und Verbände durchgeführt und über 600 Fachvorträge gehalten. Als ständiger Berater war Klaus-Peter Schöppner bereits für das Bundespräsidialamt, die Bundesregierung, mehrere Landesregierungen und Parteien, Wahlkampfausschüsse, Verbände, Unternehmen und den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) tätig. Seit Anfang 2014 ist Klaus-Peter Schöppner neben seiner Tätigkeit als akkreditierter Berater bei Kantar EMNID geschäftsführender Gesellschafter der Mentefactum GmbH.

Biografisches

1968–1973	Studium der Psychologie, BWL und Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
1973–1975	Stipendiat des RKW, Frankfurt, im Ausbildungsprogramm „Qualifizierte Marktforscher“, Abschluss 1975 Schirmherrin: Prof. Dr. E. Noelle-Neumann
1975–1990	EMNID-Institut, als Studienleiter, Bereichsleiter Politik- und Sozialforschung, stellvertretender Geschäftsführer
1990–2014	Geschäftsführer TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH
seit 2014	Geschäftsführender Gesellschafter Mentefactum GmbH, Institut für Umfragen und Demoskopie-Beratung

Universitäre Lehraufträge

1985–1994	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Fachbereich Publizistik
1995–1999	Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Wirtschaft
seit 2005	Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
seit 2005	Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW), Paderborn

TV-Sendungen

bis 2004	wöchentlich n-tv-EMNID, ca. 530 Sendungen
seit 2005	wöchentlich bei N24, über 530 Sendungen



Aktuelle Auszeichnungen

- Grimme-Preis: „Online Award 2009“ als Autor des Polit-Blogs CARTA
- Ranking der Fachzeitschrift „politik & kommunikation 2009“, Nr. 2 in der Rubrik Experten/Demoskopen

Ausgewählte Fach- und Buchveröffentlichungen

- „Emnid-Report“, OLZOG Verlag
- „Neue Koalition braucht das Land“ in „Volksparteien – Erfolgsmodelle für die Zukunft“, Verlag Herder
- „Dem Wald zuliebe“ in „Umweltschutz“, Spiegel-Buch, Rowohlt Verlag
- „Renaissance des Vertrauens“ in „Werte“, Bertelsmann Verlag
- „Zur Funktion von Imageanalysen“ in „Handbuch der Unternehmenskontakte“, Luchterhand
- „Werte – was die Gesellschaft zusammenhält“, Bertelsmann Verlag
- „Volksparteien-Erfolgsmodell für die Zukunft?“, Herder

Mitgliedschaften

- Board der GALLUP International Association
- World Association of Public Opinion Research (WAPOR)
- Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK), Bielefeld
- Bundesausschuss „Informationen“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK), Berlin
- Bundesverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e. V. (BVM)
European Society for Opinion and Marketing Research (Esomar)



Nele Auschra

Vorstandsmitglied Bund der Freien Waldorfschulen e.V.



Nele Auschra wurde 1969 geboren. Nach dem Abschluss an der Freien Waldorfschule Mannheim absolvierte sie ein kulturwissenschaftliches Studium in Heidelberg und Köln. Es folgte ein Volontariat als Lektorin und später die Tätigkeit als Chefredakteurin und Mitgesellschafterin eines Kölner Verlags mit angeschlossener PR-Agentur.

2005 unterstützt sie die Öffentlichkeitsarbeit einer inklusiv arbeitenden Waldorfschule und wird 2010 auch Mitglied der Geschäftsführung der Schule. Außerdem ist sie für den Arbeitskreis Inklusion des Bundes der Freien Waldorfschulen tätig und gehört zum Kuratorium der Waldorf-Stiftung. Seit 2017 ist sie Mitglied im Vorstand des Bundes der Freien Waldorfschulen.



Henning Kullak-Ublick

Vorstandssprecher Bund der Freien Waldorfschulen e.V.



Geboren 1955 in Buenos Aires, verbrachte Henning Kullak-Ublick seine Kindheit in Argentinien, Brasilien, Iran, Sri Lanka, Deutschland und England. Nach dem Abitur folgte ein Studium der Landwirtschaft und später der Waldorfpädagogik. 1980 zählte er zu den Gründungsmitgliedern der „Grünen“. Von 1984-2010 war Kullak-Ublick als Klassenlehrer an der Flensburger Waldorfschule tätig.

Heute ist er Vorstandssprecher des Bundes der freien Waldorfschulen e. V., internationaler Koordinator von Waldorf 100 sowie Autor und Vortragsredner im In- und Ausland. Henning Kullak-Ublick lebt gemeinsam mit seiner Ehefrau in Hamburg. Sie haben vier Kinder und sieben Enkel.

Mitgliedschaften:

- | | |
|-----------|---|
| seit 1994 | Gründer und Vorstand Aktion mündige Schule e.V. |
| seit 2004 | Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen e.V. |
| seit 2008 | Vorstand Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners |
| seit 2010 | Vorstand Internationale Konferenz der Waldorfpädagogischen Bewegung |
| seit 2016 | Vorstand und Koordinator Waldorf 100 |



Über den Bund der Freien Waldorfschulen e.V.

Die deutschen Waldorfschulen haben sich unter der Bedrohung durch den Nationalsozialismus 1933 und dann 1946 erneut zu einem Bund der Freien Waldorfschulen e.V. mit dem Sitz in Stuttgart zusammengeschlossen.

Der Bund der Freien Waldorfschulen e.V. (BdFWS) ist der Dachverband der 245 Waldorf- und Rudolf-Steiner Schulen in Deutschland. Die föderative Vereinigung lässt die Autonomie der einzelnen Waldorfschule unangetastet, vertritt aber die Interessen seiner Mitgliedseinrichtung gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verbänden.

Der Dachverband tritt für ein freies, selbstverwaltetes Schulwesen ein und fördert die Entwicklung der Waldorfpädagogik. Er unterstützt und berät seine Mitglieder in Rechtsfragen und in der Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem garantiert er die Finanzierung der Waldorflehrer-Ausbildung. Auch auf internationaler Ebene fördert er die Zusammenarbeit der waldorfpädagogischen Einrichtungen. Seit 2013 sitzt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BdFWS als Zweigstelle in Hamburg.



Informationen zu Waldorf 100

Dieses Jahr wird „die Waldorfschule“ 100 Jahre jung! Am 7. September 1919 wurde die erste Waldorfschule in Stuttgart gegründet. Mit über 1.150 Waldorfschulen und rund 2.000 Waldorfkindergärten, verteilt auf über 80 Länder auf allen Kontinenten, ist die Waldorfpädagogik heute die weltweit größte unabhängige Schulbewegung.

Unter dem Motto „Learn to Change the World“ sollen im Jubiläumsjahr zahlreiche Aktivitäten dazu beitragen, dass sich die internationale Waldorfgemeinschaft noch stärker gegenseitig wahrnimmt und vernetzt. Ebenso möchte der Verein Waldorf 2019, der das 100-jährige Jubiläum koordiniert, den pädagogischen Impuls Rudolf Steiners in einem öffentlichen Austausch mit der Gesellschaft weiterentwickeln.

Dazu beitragen sollen viele Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten: Sei es bei Festivals, Schulaufführungen, ökologischen, künstlerischen und sportlichen Projekten oder bei Konferenzen und Messen. An den Waldorfschulen, in ganz Deutschland und über die Grenzen hinweg, soll so eine lebendige internationale Verbundenheit geschaffen werden, die heute so wichtig ist wie selten zuvor. Höhepunkt des Jubiläums stellen die Festveranstaltungen der Schulgemeinschaften rund um den Globus am 19. September 2019 dar, wobei die zentrale Feier in Deutschland im Berliner Tempodrom stattfindet.

Die Vorbereitungen und ersten Aktivitäten der Jubiläumsphase laufen bereits seit 2017. Neben fünf zentral organisierten Kernprojekten sind alle Schulen weltweit dazu aufgerufen, weitere Ideen und Initiativen vorzuschlagen und umzusetzen.

Viele der Projekte und Festveranstaltungen werden prominent von ehemaligen Waldorfschüler*innen unterstützt. Profi-Leichtathletin Josefina Elsler ging als Schirmherrin des Waldorf 100 Staffellaufs selbst mit an den Start, die preisgekrönte Nachwuchs-Komponistin HaiHui Zhang widmet den Waldorfschulorchestern weltweit ihre Komposition „Metamorphosen“ für das gleichnamige Kompositionenprojekt und die Jury des hochdotierten Waldorf 100 Dramawettbewerbs „Wo ist der Mensch?“ setzte sich aus den Schauspieler*innen Katja Weitzenböck, Karoline Eichhorn und Samuel Weiss sowie dem Dramatiker und Schriftsteller Moritz Rinke zusammen.

Das große Festival im Berliner Tempodrom am 19. September 2019 wird der krönende Abschluss einer dynamischen Jubiläumsphase. Vor allem aber symbolisiert es den Aufbruch ins zweite Jahrhundert Waldorfpädagogik, in dem mit offenem Blick und voller Tatendrang die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit gegeben werden sollen. Denn 100 Jahre sind erst der Anfang.

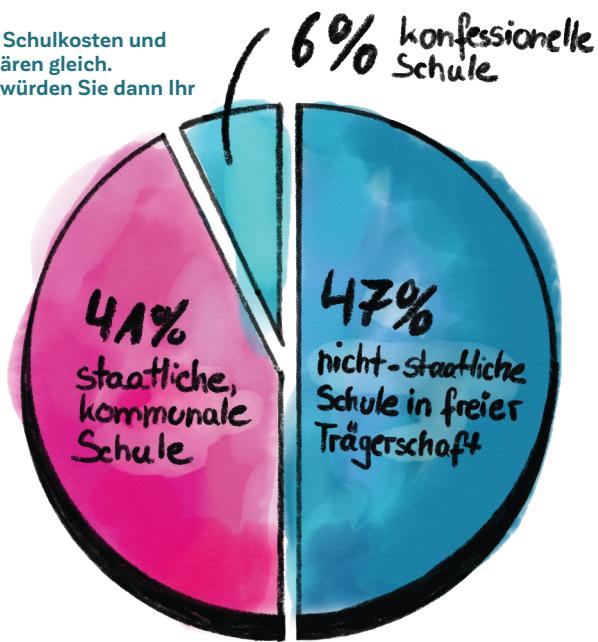
Alle Projekte, Termine, Informationen und Filme sind auf der dreisprachigen Website Waldorf-100.org und in den sozialen Netzwerken zu finden.

Bevorzugte Schulform

Wären Schulkosten und Schulentfernung gleich, würde die Mehrheit der Eltern ihr Kind auf eine freie Schule schicken.



Q: Mal angenommen, Schulkosten und Schulentfernung wären gleich.
Auf welche Schule würden Sie dann Ihr Kind schicken?



Freie Schulwahl ohne Zusatzkosten

84% der Eltern fordern, sich unabhängig von Zusatzkosten für eine Schule entscheiden zu können.

Finanzielle Gleichstellung der Schulangebote

71% der Eltern sind dafür, dass der Staat hinsichtlich der Finanzierung verschiedener Schularten keinen Unterschied machen sollte.





Die Schule soll Kinder ja auf das Leben vorbereiten, also Sicherheit geben, das Leben später gut zu bewältigen. Wodurch wird das eher erreicht?

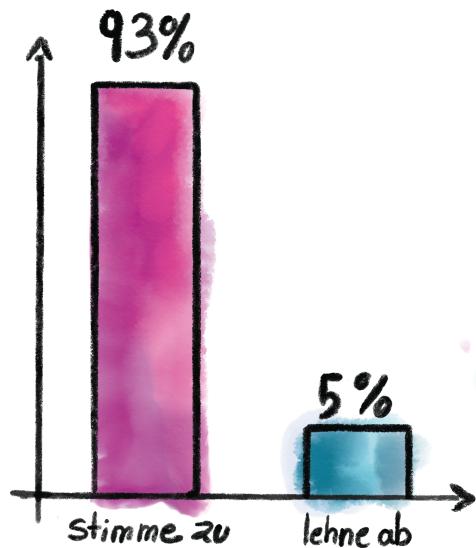
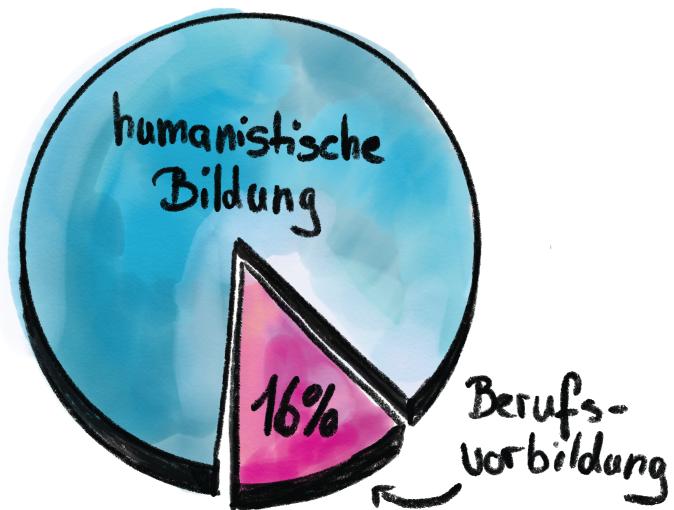


Vorbereitung auf das Leben

72% der Eltern sind der Meinung, dass vor allem eher „kreativer, individuell auf die Kinder eingehender Unterricht“ auf das Leben vorbereite.

Vermittlungsauftrag der Schulen

83% der Eltern finden, dass Schule durch eine vielfältige humanistische Bildung auf das Leben vorbereiten sollte. Nur 16 Prozent der Eltern sehen den Vermittlungsauftrag der Schulen in der direkten Vorbereitung auf den Beruf.



Forderungen an den Schulunterricht

Eine deutliche Mehrheit der Eltern stimmt zu, dass die Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein soll, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern sollte.



Digitalisierung lieber erst
ab Klasse 5

8 von 10 Eltern
befürworten eine tablet- und
computerfreie Grundschulzeit.

Handyverbot an Schulen

Eine klare Mehrheit der
Eltern spricht sich für ein
allgemeines Handyverbot
für unter 16-Jährige an
deutschen Schulen aus.



Kreativitätsförderung an Schulen

9 von 10 Eltern befürworten
neben Finanzmitteln zur Digitalisierung
auch, dass Mittel zur Förderung der
Kreativität der Schüler*innen
bereitgestellt werden.